

272
K

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 6 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Berliner Str. 2/4,
und durch Postverkäufer zu beziehen.
Preis vierteljährlich 2.50,
von Wende 30 Pfg.
Durch die Post bezogen 2.80,
frei im Haus 2.92,
für keine Post am Ort, 2.84.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsbedingungen
für die einjährige Colonatzeit
oder deren Raum 30 Pfg.
Nachträgliche Anträge 40 Pfg.
Doppelhefte unter Zug 1 Pfg.
Anzeige für Arbeitsmarkt 15 Pfg.
Zusätzliche 25 Pfg.
Berichtsbearbeitung, Einzelbogen
15 Pfg.
Anzeige für die nächste Nummer
müssen bis Freitag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 48. Breslau, Donnerstag, den 26. Februar 1914. 25. Jahrgang.

Ein Sieg des Rechts? Witwe Hamm freigelassen!

Ein alles schweres Unrecht scheint auf dem Wege der Sühne zu sein. Die Vermittlungen der Sozialdemokratie um eine unschuldige Verurteilung, die seit sechs Jahren im Zuchthaus hauste, scheinen nicht erfolglos zu bleiben. Der Draht melbet aus Barmen:

Die Erste Strafkammer des Elberfelder Landgerichts beschloß nach mehrtägiger Prüfung des Materials im Mordprozeß Hamm die Wiederaufnahme des Verfahrens und die sofortige Freilassung der zu 14 Jahren Zuchthaus wegen Mordes verurteilten Witwe Hamm aus dem Siegburger Zuchthaus. Frau Hamm hat von der über sie verhängten Strafe sechs Jahre abgeleistet.

Daraufhin ist Frau Hamm, die vor sechs Jahren auf Grund schwankender Indizien mit einer Stimme Mehrheit wegen Mordes verurteilt wurde, sofort freigelassen worden. Ein Berliner Kriminalkommissar v. Treslow, der längst ein Amt quittieren mußte, hat sie dahin gebracht, obwohl es um die Beweismittel sehr windig stand. Es hat furchtbar schwer gehalten, das geschehene Unrecht gut zu machen und vollendet ist ja dies Werk auch heute noch nicht.

Aber ein Anfang ist gemacht, ein wichtiger Anfang. Es hat erst einer Reihe von Ordnungsrufen und Verwahrungen der Geschäftsordnung im Dreifachshaus gekraucht, um die Angelegenheit vor die Schmieße der Öffentlichkeit zu bringen, wo ihr gekundener Ruf nicht mehr überhört werden konnte. In den Instanzen war die Sache verknüpft und Frau Hamm schwächte weiter hinter den schrecklichen Mauern. Aber die Sozialdemokratie hielt nicht ein, sie ließ sich durch nichts zurückschrecken, ihr dankt es Frau Hamm, wenn sie jetzt nach sechs Jahren aus Sonnenlicht der Freiheit zurückkehrt.

Die Gerechtigkeit hat sich auch dieses Mal unter die Fittiche der Sozialdemokratie geflüchtet!

Furchtbare Militärtragödie in Meisse.

Kurze Nachrichten aus Meisse geben Kunde von einer furchtbaren Militärtragödie, die sich am 24. Februar dort ereignet hat. Am Morgen dieses Tages wurde der Kommandeur der 24. Infanteriebrigade Generalmajor Boes von seinen beiden Burschen verlegt. Nach den vorliegenden Nachrichten sollen die Burschen, ein Infanterist und ein Kavallerist, den General überfallen haben, als er sie wedte, da sie nicht rechtzeitig aufgestanden waren. Die beiden Täter flüchteten. Am Tage darauf fand man sie mit abgehauenen Köpfen als Leichen auf der Eisenbahnstrecke Meisse-Oppeln nächst der Station Wische. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die beiden Unglücklichen in den Tod gingen, um der ihnen bevorstehenden furchtbaren Strafe zu entgehen.

Desto tiefer liegen die eigentlichen Ursachen im Dunkeln, die zu dieser grauenhaften Tragödie geführt haben. Daß die Täter etwa im Zustande der Trunkenheit handelten, ist der ganzen Sachlage nach kaum anzunehmen, denn dann hätten sie ihre Ausschreitungen jedenfalls vor dem Schlafengehen, nicht nach dem Erwachen begangen, sie hätten dann auch nicht die nötige Beherrschung gehabt, zu flüchten. Man wird daher nach den vorliegenden unzulänglichen Berichten annehmen müssen, daß es sich um einen Racheakt handelt, der mit Ueberlegung und in Voraussicht der drohenden Folgen auf Grund einer Verabredung begangen worden ist. Liegen die Dinge aber so, dann bleibt die Frage offen, welche Tatsachen in der Brust der beiden jungen Menschen den Entschluß zu einer Tat gezeitigt haben, die sie mit ihrem Leben bezahlen mußten.

Diese Frage ist gestellt, und sie wird auch mit voller Klarheit beantwortet werden müssen. Denn die Militärtragödie von Meisse wird nicht verfehlen, in der ganzen Welt ungeheures Aufsehen zu erregen, und man wird aus ihr Schlüsse auf die Zustände in der deutschen Armee zu ziehen geneigt sein, die den verantwortlichen Personen nicht gleichgültig sein können. Der Mund vieler von drei Beteiligten ist für immer geschlossen, die Ermittlungen des wahren Grundes dieser Katastrophe mögen dadurch erschwert sein. Trotzdem wird es der Militärverwaltung gelingen müssen, durch eine rückichtslose Untersuchung die Aufklärung zu schaffen, die die ganze Welt von ihr verlangt.

In militärischer Darstellung erscheint der schreckliche Vorgang wie folgt:
„Ein in der preussischen Geeschichte bisher nur äußerst selten vorgekommener Fall, ein Ueberfall zweier Soldaten auf einen General, hat sich am Dienstag morgen in Meisse zugegetragen.“

Der Generalmajor Boes, Kommandeur der 24. Infanteriebrigade, Neue Berliner Straße in Meisse wohnhaft, begab sich am Dienstag früh, begleitet von seinem Dienstmädchen, das ihm mit einer Lampe leuchtete, da es noch dunkel war, in

die im selben Hause befindliche Wohnung seiner beiden Burschen, des Fusaren Weiß von Fusaren-Regiment Nr. 6 und des Musketiers Schmeier von Infanterie-Regiment Nr. 62, um sie zu wecken und zum Dienst zu schicken. Als der General das Burschenzimmer betrat, packte ihn der eine Bursche von vorn und schlug mit dem Seitengewehr auf den General los, während der andere zugleich von hinten mit einem Beil einen Stich nach dem Kopf des Generals führte. Der General brach bestunungslos zusammen und während das Dienstmädchen hinwegeilte, um Hilfe zu holen, entflohen die beiden Täter. General Boes hat Wunden am Kopfe und an den Händen erlitten und littet, wenn keine Komplikationen eintreten, in drei bis vier Wochen wieder hergestellt sein. Die beiden Burschen waren verschiedene Male über den Rapfenstreich aufgeklappt und sehr unpünktlich im Dienst gewesen und lösteten abgeklärt und bestraft werden. Beide sind am Dienstag in der Umgegend von Meisse herumgelaufen und haben in der Nacht zu Mittwoch Selbstmord verübt, indem sie sich bei der Station Wische von einem von Oppeln kommenden Eisenbahnzuge überfahren ließen; dem einen war der Kopf abgefahren, bei dem anderen hinaer noch Teile am Körper. General Boes gilt allgemein als ein wohlwollender und gerechter Vorgesetzter.

Im Widerspruch zu dem letzten Satz steht das, was uns aus Meisse gemeldet wird. Demnach soll die furchtbare Tat der Burschen mit der Art zusammenhängen, wie sie vom General gewendet wurden. Auch behauptet unsere Zuschrift einen starken Wechsel der Burschen beim General Boes, ferner sollen die beiden Unglücklichen ihre Verletzung selbst schon beantragt haben. Da aber, wie gesagt, die beiden Zeugen nicht mehr reden können, ist eine Nachprüfung dieser Angaben nur durch die Vernehmung des Generals und event. vielleicht des Dienstmädchens möglich. Wir zweifeln nicht daran, daß die Untersuchung schon im Gange ist und verzichten deshalb auf die Wiedergabe der uns gemachten Angaben, für die wir einen Beweis nicht antreten können.

Nach anderen Versionen sind die dem General beigebrachten Verletzungen viel schwerer, als der obige Bericht es erscheinen läßt, worauf ja auch die Bestimmungslängigkeit des Opfers schließen läßt. Lebensgefahr scheint jedoch nicht zu bestehen.

Kinderlegen?

„Zweierlei kann man von der Sozialdemokratie nicht verlangen. Man kann erstens von ihr nicht verlangen, daß sie durch ihre Agitation die Bevölkerungsbewegung im Sinne einer Zunahme zu beeinflussen versucht, denn die Sozialdemokratie weiß, daß dies ein gänzlich vergebliches Bemühen sein würde. Gegenüber Entwicklungen, die in den gesamten wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen ihre Ursache haben, bleiben alle guten Ratsschläge leere Worte, die in den Wind gesprochen sind. Und wenn es tausendmal wahr ist, daß jedes Elternpaar durch zahlreiche Nachwuchs der Gesamtheit nützt, so ist doch nicht minder wahr, daß es mit jedem neuen Kinde, das es in die Welt setzt, sich selbst und den älteren Kindern auf eine Reihe von Jahren hinaus den Nahrungsspielraum verkleinert. Das ist eine Tatsache, über die kein gerecht Denkender hinwegsehen kann.“

Zweitens kann man von der Sozialdemokratie nicht verlangen, daß sie sich an dem dilettantischen Versuch beteilige, den Geburtenrückgang durch Polizeigesetze aufzuhalten.“

Ueber diesen Versuch äußern sich im „Berliner Tageblatt“ hervorragende Vertreter der ärztlichen Wissenschaft in derart absprechender Weise, daß die Haltung der Sozialdemokratie in dieser Frage kaum einer weiteren Begründung bedarf. Wir haben die Urteile der beiden Breslauer Wissenschaftler in der Dienstag-Ausgabe unserer Zeitung zum Abdruck gebracht. Sie werden gestützt und vermehrt durch die Ausführungen, die Professor G. Hardy Paris in einem soeben erschienenen Buche über Mittel zur Schwangerschafts-Vorhütung*) macht, und die obige Sätze eines unserer ständigen Mitarbeiter, der sachlich anderer Ansicht ist, bekräftigen.

Freilich, G. Hardy steht auf dem uneingeschränkten Standpunkt des Neo-Malthusianismus, und schiebt der Bevölkerungszunahme Schäden zu, die nur der widerständigen Gesellschaftsordnung geschuldet sind. Man wird also seine kritikwürdigen Ausführungen mit dem nötigen Vorbehalt hinnehmen müssen, so viel Wahres sie auch in den folgenden Sätzen enthalten mögen:
„Das Familienleben ist das Glück der Armen.“ Welcher Spott! Weber Mann noch Weib kennen in ihrer Armut irgend welche Freuden oder ein irdisches Heim! Der Arme kennt nur das Elend: das ist die nackte, leibliche nur zu bekannte Wahrheit!
Die Befolgung des Arbeiteres kann im Vergleich zu den anwachsenden, zu ernährenden Mäulern nicht Schritt halten. Ein neuer Zuwachs in der Familie vergrößert die Not der anderen. Am alle ernähren zu können, verdoppelt der Vater seine Arbeit und schindet sich dadurch

*) Mittel zur Schwangerschafts-Vorhütung, von Professor G. Hardy, 1,25 Mark, inkl. Porto 1,40 Mark. Paris, 2, rue d'Alger.

ab; seine ungenügende Löhnung zwingt die Mutter zu Hause, oder außerhalb, zu aufstrebenden Verrichtungen. Der dadurch vernachlässigte Haushalt verwahrlost vollkommen. Die bald zu engen Wände lassen wider von dem Geschrei und den Klagen der armfertigen Witwen. Mangelhaft kochend und ernährt, vor Schmutz strotzend, kennen sie bald das Mysterium und seine Gefahren; sie verstimmen daher und geben schließlich zu Grunde. Abnehmende Zuversicht und Strelligkeiten sind mit der Rauheit des Lebens an der Tagesordnung. Der Vater sucht seine Zuflucht im Wirtschaftshaus und wird ein Opfer der Trunksucht. Und neuer Nachwuchs, leibende, verkrüppelte Sprößlinge werden von den durch Entbehrungen und Ausschweifungen völlig entkräfteten Eltern geboren. Das hoffnungsvolle, beräufliche und doch zähe Elend hält seinen Einzug. Wie kann man da von den „Freuden des eigenen Herdes“ reden!

Und ich spreche noch nicht einmal von der etwaigen Verwahrlosung der Kleinen, ihrer schamlosen Ausbeutung, selbst in ihrer eigenen Familie, den zahlreichen Krankheiten, den beschämenden Almosen, dem Krankenhause und dem unerbittlichen Tode, die in der frühesten Jugend Abschied von einem für sie und ihre Eltern schmerzvollen Leben nehmen. Diejenigen, die nicht frühzeitig dahingerafft wurden, haben alle Aussicht, die Freuden des Lebens niemals kennen zu lernen. In der Unkenntnis der Sachlage, ihrer Erziehung und in dem Kreise, in dem sie heranwachsen, harret ihrer ein trostloses Dasein!

Meines Erachtens wäre es da kein Verbrechen gewesen, ihnen den Schmerz zu leben, zu ersparen, indem man ihrer Geburt vorbeugte. Und es kann daher auch keines sein, wenn man in angemessener Weise den Eltern, die ihre Kinder weder erziehen, noch glückselig machen können, die Wege weist, wie sie wenig oder — je nach ihrem Wunsche — gar keine Nachkommen haben können.“

Diesem Zwecke ist das weitere Buch gewidmet, das auf 104 Seiten alle zur Verhütung der Zeugung bekannten, ärztlich erprobten Mittel bespricht, und zum größten Teil durch Zeichnungen erläutert. Gerade diese genaue Darstellung der bisher im Gebrauch befindlichen Mittel bekräftigt die Anschauung Serjeants, daß das für Preußen oder Deutschland geplante Verbot der Vorbeugungsmittel ein Schlag ins Wasser sein muß. Ein Teil der Mittel und Manipulationen sind so, daß sie nicht verboten werden können, worauf ja Professor Meißner und Geheimrat Klinger schon hinwies. Sobald man andere durch das Verbot des Handels und der Einfuhr zu treffen sucht, wird dieses Verbot nur für die minderbemittelten Klassen wirksam sein. Ärzte, Volkswirtschaftler, sogar der Fürstbischof — siehe das vorliegende Sirtenschriften — geben aber zu, daß die gewollte Kinderbeschränkung in den wohlhabenden Schichten angefangen hat, und dort am meisten peilt wird. Diese Kreise machen alljährlich mindestens eine Reise ins Ausland, nach der Schweiz, Frankreich, Italien, Oesterreich, Belgien und anderen Ländern, allwo sie sich mit den gewünschten Mitteln ausreichend versorgen. Beim Passieren der Grenze werden sie dieselben auch so unterzukriegen wissen, daß kein noch so spitzfindiger Grenzwachter sie ihnen abnehmen kann. Die Herrschaften pfeifen also auf das Gesetz. Ob oder dann, wenn die Tatsachen so unabweisbar von dem Verlagen des Gesetzes in den „besseren“ Kreisen predigen, die unteren Schichten gerade zu einer unstillbaren Begeisterung für eine möglichst große Familie hingerissen werden, ist sehr fraglich. Das ganze Verbot muß ein Schlag ins Wasser sein, der nur über Dinge öffentlich reden läßt, die bisher hilslos privatim erledigt wurden.

Der „Vorwärts“ bemerkt neuerdings zu dem Thema: „Man jammert über den Geburtenrückgang. Ja, warum fallen die Herren von den Besitzenden und herrschenden Kaste nicht erst einmal bei sich selbst ein? Warum tun sie nicht selbst ihre Schuldigkeit bei der Bevölkerungszunahme! Eine allgemeine Statistik über die Kinderzahl nach Einkommensgruppen existiert nicht. Über die Tatsache, daß gerade die Besitzenden am allerwenigsten Ursache haben, sich über die Geburtenlust der Proletarierfrauen sichtlich zu entkräften, ist unbestreitbar. Und ein Anlaß zu solcher Statistik existiert immerhin. Hat doch die Reichsregierung bei der Armeelieferanten eine interessante statistische Stichprobe vorgenommen. Und da hat sich ergeben, daß gerade die höheren Beamten dem Staate gegenüber am wenigsten ihre Schuldigkeit tun, daß die Kinderzahl der mittleren Beamten schon größer, am allergrößten aber bei den am schlechtesten bezahlten Unterbeamten ist.“

Hier die im Jahre 1913 veröffentlichten amtlichen Zahlen: Auf je einen verheirateten, vermählten oder geschiedenen Beamten entfielen bei den höheren Postbeamten im Durchschnitt nur 1,7 Kinder, bei den mittleren Beamten 1,9, bei den unteren Beamten dagegen 2,4 Kinder. Die Unproduktivität in Bezug auf die Kinderzeugung tritt aber noch trasser hervor, wenn man berücksichtigt, daß von den höheren Beamten im Durchschnitt nur 81,4 Prozent verheiratet waren, von den mittleren Beamten da-

gegen 86,1 Prozent und bei den unteren Beamten gar 95,1 Prozent.

Wenn also Sittenlosigkeit und Genußsucht die Gehaltsabnahme verschulden, um wie viel sittlicher sind dann die höheren Beamten, als die unteren Beamten? Wobei auch noch zu beachten wäre, daß der Prozentsatz der Gehaltsabnahmen bei den höheren Beamten viermal, bei den mittleren Beamten immer noch doppelt so groß ist, wie bei den Unterbeamten. Wir Sozialdemokraten ziehen natürlich solche absurde Folgerungen nicht. Aber es ist schon am Platze, unseren reaktionären Moralsergen einmal ihre eigenen Argumente gründlich um die Ohren zu schlagen!

Gegen den Geburtenrückgang ist eben nur ein Kraut gewachsen: die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Wenn Wohlstand oder wenigstens menschenwürdiges Dasein auch dem einfachsten Familienvater gesichert ist, der seine Pflicht tut, wenn er nicht mehr mit Wangen dem Zuwachs der Familie entgegensehen braucht, dann ist der wichtigste Hebel angelegt gegen den Geburtenrückgang. Eher nicht!

Politische Uebersicht.

Eine merkwürdige Verteidigung der Regierung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

Unter Bezugnahme auf die Verhandlungen, die im Laufe der letzten Wochen von der Reichsfinanzverwaltung mit Vertretern aller größeren Parteien des Reichstages über die Ausgestaltung der in den Kommissionsbeschlüssen vorgesehene Organisation für die zu errichtende Verkaufsgesellschaft mit Rücksicht stattgefunden haben, glaubt eine parlamentarische Zeitschrift an die „Köln. Volksztg.“ vom 21. d. Mts. den Abschluß eines Kompromisses zwischen der Regierung und der sozialdemokratischen Partei mitteilen zu können, durch welchen sich die Regierung für ein Entgegenkommen gegenüber sozialdemokratischen Wünschen hinsichtlich einer obligatorischen Organisation der Petrolearbeiter und Angestellten das Einverständnis dieser Partei mit einer Verteuerung des Leuchtöls zugunsten der Reichskasse verschafft. Diese Mitteilung, wie die daran geknüpften Betrachtungen enthalten jeder tatsächlichen Unterlage.

Die Regierung hat also das Bedürfnis, sich gegen den Verdrach zu wehren, als verhandelt sie hinter den Kulissen mit der Sozialdemokratie und versuche durch besondere Zugeständnisse deren Zustimmung zum Petrolegesetz zu erreichen. Das heißt: sie befreit nur die Zugeständnisse, nicht die Verhandlungen selbst, denn abweichend von der sonstigen gedanklosen Formel, daß die Regierung mit den „bürgerlichen“ Parteien verhandelt habe, heißt es diesmal ausdrücklich: mit allen größeren Parteien, da ist also die größte, die Sozialdemokratie, dabei. Nur ist gerade gegenwärtig das Junkertum und die Rechte dabei, die Sozialdemokratie möglichst zu isolieren, umso unangenehmer für den schwächsten Teilmann, wenn man ihm ein geheimes Teufelsmehl mit der Sozialdemokratie nachsagt.

Verraten wird der ganze Handel vom fuchigen Zentrum, das ja — wie hinlänglich bekannt — mit den Vertretern der amerikanischen Petroleumindustrie in Personal-Union steht. Die weiteren Aufklärungen in der interessanten Affäre werden nicht ausbleiben.

Aus Berlin schreibt man uns dazu: Wir sind in der ebenso seltenen wie angenehmen Lage, die Nichtigkeit eines offiziellen Dementis bestätigen zu können. Die Zeitschrift der „Köln. Volksztg.“ ist offenbar weiter nichts als ein Versuchsballon, wenn sie nicht etwa darüber hinaus die Absicht verfolgt, im Interesse gewisser Privatkapitalisten dem Petroleummonopol Steine in den Weg zu legen. Selbstverständlich kann es den sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedern nicht einfallen, eine Verteuerung des Petrolegesetzes zugunsten der Reichskasse zu bewilligen, die ja in der Vorlage selbst nicht einmal verlangt wird.

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

104] (Nachdruck verboten.)
Dann war Mieting auch bei der Baronin Valerie eingeladen worden! Hatte mit Ellen für die interessante und zweifellos höchst unglückliche Frau zu sympathisieren gelernt und stand auch hier mit Ellen vor einem schweren, unheimlichen Rätsel. Welches war das Verhältnis zwischen dieser Frau und dem Manne, den sie grenzenlos geliebt haben mußte, als sie ihm alles zum Opfer brachte, was sonst einer Frau teuer ist? Den sie noch lieben durfte, da sie forscht, ihm Opfer zu bringen — Opfer, die ihr doch so schwer zu werden schienen? Hatte sie nicht wieder und wieder zu Ellen gesagt, daß sie ohne Elses Liebe, ohne die Verzehrung des Bruders nicht mehr leben konnte! und doch wagte sie in Gitabis Gegenwart auch nicht das kleinste Liebesworte gegen Elsie, wagte nicht, die Bedingung zu erfüllen, welche ihr der General gestellt, wenn mehr als von einer persönlichen geschäftlichen Beziehung, von einer wirklichen Auslösung zwischen ihm und ihr die Rede sein sollte — wagte nicht, sich von Stralbi zu trennen. Lieben vielmehr nach wie vor unter der abtöten Herrschaft des hässlichen Mannes zu stehen!

„Das sind ja alles kolossale Dinge“, sagte Mieting, „aber das ist nicht ein, warum Du deshalb Dein junges frisches Leben verwerfen willst. Liebe Zeit, so etwas kommt ihm doch in allen Familien vor. Meine Schwägerin gefühlte mir auch ganz und gar nicht; mein Bruder ist ein echter Strammlein, immer lustig und oben hinaus, und sie ist eine richtige Sade, die den armen Menschen mit ihrer trockenen Pfaffenaffektiertheit und demigen Bedenklichkeit zur Verzweiflung bringt. Und was das mit den Onkels und Tanten auf sich hat, — na, davon kann ich erst recht ein Wort mitbringen. Den Onkel Walle — auf Gottbeweis, weicht Du — drei Weilen von uns — setzen wir alle drei Jahre einmal, und dann zankt sich der Papa fürchterlich mit ihm; den Onkel Hans — er war auch Offizier, ging dann in österreichische Dienste und später nach Brasilien, — haben wir seit sechs Jahren nichts gehört; Tante Götting, an einem Baron Carlheim nach Schweden verheiratet ist wieder so vertrieben geworden, daß sie nur einen halben Tag bei uns blieb, als sie im vorigen Herbst nach Strammlein kam. Die Kombination von Tabakraucher und Pflanzenmischerei ist ihr obidus gewesener, fährte sie nachher — und so warte ich Di: noch taunend ferretende — Geschichten aus anderen Familien erzählen. Tante Papa sagt immer: Man muß auch noch für alle seine Verwandten verantwortlich sein, dann hört das Vergnügen auf.“

Ebenso selbstverständlich ist, daß die Sozialdemokratie ihre Zustimmung zum Petroleummonopol von bestimmten Bedingungen abhängig machen wird, die die Sicherung der Konsumenten vor Uebertreibung, die volle Koalitionsfreiheit der Arbeiter und die ständige Einwirkung des Reichstages auf die Ausführung des Monopols betreffen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das Zustandekommen des Gesetzes von den Stimmen der Sozialdemokratie abhängen. Wenn also das offizielle Dementi besagen wollte, daß ein Entgegenkommen der Regierung an die Wünsche der Sozialdemokratie nicht zu erwarten sei, wären weitere Verhandlungen zwecklos. Aber, wenn man genau liest, wird man finden, daß dergleichen nicht darin steht. Nur das Bestehen eines Kompromisses auf der von der „Köln. Volksztg.“ angegebenen Grundmann wird bestritten, und darum ist das offizielle Dementi ausnahmsweise einmal richtig.

Wo sitzen die Verbrecher?

Mosa Luxemburg soll auf ein Jahr ins Gefängnis wandern, weil sie dem Willen des Proletariats, einen Weltkrieg mit allen Kräften zu verhindern, in entschlossenen Worten Ausdruck gegeben hat. Die gesamte reaktionäre und nationalistische Presse hat diese Verurteilung mit Hochloren begrüßt und mit wüsten Verdächtigungen der Beurteilung begleitet. Sie betrachtet das Frankfurter Urteil als eine Etappe auf ihrem Weg, der zur Auflösung des Reichstages und zu einer Stärkung des reaktionären Einflusses in der künftigen Volksvertretung führen soll. Ein Teil von ihr hat aber die Ziele seines Ehrgeizes noch höher gestellt; ihm genügt nicht der kleine unblutige Krieg der Parteien im Innern, er will die Auflösung des alten Europa in den Flammen eines Weltkrieges. Um den Kriegsherrn die Bahn frei zu machen, sollen die Verteidiger des Friedens in den Kerker geworfen werden.

Dieselbe alldeutsche „Post“, die die Verurteilung der Genosin Luxemburg mit einem von Herzen kommenden „Nacht so!“ begrüßte und die Richter Aldeutschtums zur Nachahmung des glorreichen Frankfurter Beispiels ermunterte, veröffentlicht jetzt in ihrer Morgen- und Abendausgabe vom letzten Dienstag eine längere Abhandlung, in der den leitenden Staatsmännern nahegelegt wird, so rasch wie möglich einen Angriffskrieg gegen England, Frankreich und Rußland zu unternehmen. Der nahe Zerfall Oesterreichs, die Abdrängung Italiens vom Dreibund werden zu diesem Zweck mit krassen Farben geschildert, die Verschärfung des Gegensatzes zwischen Deutschland und den Westmächten wird als unvermeidlich hingestellt und die Unterwerfung des Reiches unter den Willen einer feindlichen Koalition als drohende Gefahr an die Wand gemalt. „Wollen wir abwarten“, fragt der Verfasser, „bis unsere Gegner fertig sind oder sollen wir den günstigen Augenblick benutzen, um die Entscheidung herbeizuführen.“ Er entscheidet diese „schicksalsschwere Frage“ in folgender Weise:

Noch haben wir Trümmer in der Hand, können durch eine entschlossene Offensive das Gest der europäischen Welt in die Hand bekommen und können unsere Zukunft sichern. Damit ist nicht gesagt, daß wir den Krieg vom Zaune brechen sollen, aber (1) wo ein Konflikt der Mächte sich zeigt, da sollen wir nicht zurückweichen, sondern es auf einen Krieg ankommen lassen und ihn durch entschlossene Offensive beginnen, sei es um ein neues Marokko oder um die Stellung des Generals v. Liman (2), oder die vorderasiatischen Fragen, der Vorwand ist gleichgültig, denn um diesen handelt es sich garnicht, sondern um unsere Zukunft, die auf dem Spiele steht.

Der Verfasser schließt mit den durch Fettdruck hervorgehobenen Worten:

Aufgabe der deutschen Politik ist es nicht, den Frieden nach Möglichkeit zu erhalten, sondern den unvermeidlichen Krieg mit Umsicht und List zu erzwingen und ihn unter möglichst günstigen Bedingungen zu führen.

Zugleich berichtet die „Post“ über einen Vortrag, den der Vorsitzende des alldeutschen Verbandes, Rechtsanwält

Clas-Mainz kürzlich auf dem norddeutschen Gautag der Alldeutschen gehalten hat. Darin finden sich folgende Sätze:

Am betrüblichsten ist die Entwicklung in Elsaß-Lothringen gewesen. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als zu versuchen, mit der Gewinnung des Landes dort wieder einzufahren, wo man 1870 begonnen hat. Ob diese Aufgabe gelöst werden kann, steht dahin. Jedenfalls wird es ohne schwere Kämpfe und leichten Endes ohne Wiederaufhebung der Verfassung nicht möglich sein. Eine andere Lösung läge in einem Frieden mit Frankreich.

Solche Aeußerungen sind nicht neu. Seit Jahr und Tag wird in alldeutschen Blättern und in Versammlungen zum Völkermord aufgehetzt.

Wo bleibt der Staatsanwalt, der sich über diese verbrecherischen Untriebe entrüstet? Wo sind die Richter, die über so ungeheuerliche Schandtaten zu Gericht sitzen? Man hat in Frankfurt a. M. die Worte der Genosin Luxemburg durch eine gequälte Auslegung dahin gedeutet, daß durch sie zur Verweigerung des Gehorsams im Kriege aufgefordert werden solle, und der öffentliche Ankläger hat sich garnicht gemüht, können in der Ausmalung der furchtbaren Folgen, die es haben könnte, wenn auch nur ein einziger Soldat im Sinne jener angeblichen Aufforderung handelte. Welche Folgen würde es wohl haben, wenn die leitenden Staatsmänner des Reiches den Einflüsterungen der Kriegsherrn Gehör schenken?

Die Entziehung besiegelt.

Im Falle des Genossen Stoecker in Köln, dem befanntlich die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienst entzogen worden war, weil er wegen seiner Betätigung für die Sozialdemokratie nicht die hinreichende moralische Qualifikation besitze, haben jetzt nach fünf Monaten die letzten Instanzen gesprochen. Dem Genossen Stoecker ist folgendes Schreiben zugegangen:

Berlin, den 18. Februar 1914.
Wir sind nicht in der Lage, die Entscheidung der Kriegsverwaltung 2. Instanz in Koblenz, durch die Ihnen die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienst entzogen worden ist, abzuwenden, und die Art Ihrer Betätigung im Staatsdienstlichen Sinne nach den Ergebnissen der angelegten Ermittlungen die nach § 10 des Wehrgesetzes für den Einjährig-Freiwilligendienst nötige moralische Qualifikation Ihnen zuzuschreiben nicht gestattet. Ihre an das Kriegsministerium gerichtete Beschwerde vom 25. September 1913 und deren Vorbehalt vom 15. September 1913 finden hierdurch ihre Erledigung.

Unterzeichnet ist das Schreiben vom Minister des Innern v. Dallwig und vom Kriegsminister v. Falkenhayn. Nicht mehr die agitatorische Betätigung an sich, sondern ihre besondere Art gibt den Anlaß zur Entziehung des Berechtigungscheines. Was für eine Art dies ist, wissen wir nicht. Bekanntlich ist Genosse Stoecker völlig unbestraft.

Wie verlautet, gedenkt die sozialdemokratische Fraktion bei der Beratung des Militäretats den Kriegsminister in dieser Angelegenheit zu interpellieren. Es wird sich empfehlen, bei dieser Gelegenheit den Herrn v. Falkenhayn zu fragen, ob er zum Beispiel einem Offizier, der Rekruten wirklich oder tötlich beleidigt, die für den Offizierstand notwendige moralische Qualifikation zugesieht.

Ein Arbeiter unter 86 Abgeordneten!

Mit den Vorgängen in dem bayerischen Landtagswahlkreise Amberg befaßt sich in seiner jüngsten Nummer das Organ des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine, der Münchener „Arbeiter“. Der 86 Mann starke Zentrumskandidat des bayerischen Landtages gehört nur ein einziger Arbeitervereiner an. Schon in Amberg und in Wamburg haben die zentrumsstreuen Arbeiter versucht, einen der Ihren als Zentrumskandidaten durchzubringen. Vergeblich! Man behandelte sie als Luth. Ist bei der Erziehung in dem bayerischen Amberg scheitern die Zentrumspolitiker etwas energischer vorgehen zu wollen. Zwar haben sie noch einen eigenen Kandidaten dem offiziellen Zentrumskandidaten entgegengestellt, aber sie drohen damit. Wie man „Arbeiter“ liest, hat man dem bekannten Arbeitervereiner Köpfgauer den Zutritt zu der Vertrauensmännerversammlung verweigert. In der die

So tröster: Mieting, während sie ihr langes, rotblondes Haar flocht, auf das sie jetzt ein wenig eitel war, seitdem Egon Stralbi in einer großen Gesellschaft bei Tante Valeri: erlitt, daß es die erste Iyianische Parke habe; oder lachend und plaudernd auf dem Rande von Elses Welt sah — wie an dem ersten Abend auf Gelnderg.

Mieting kam wiederholt auf diesen Abend zurück. War es doch das Ereignis ihrer Grundhaft gewesen, sagte Mieting, und trübe doch die Begrabung mit dem Grafen Helm, den sie in allen Gesellschaften trafen und der auch in letzter Zeit ein und das andere Mal sich zur häuslichen Festung: eingewillt hatte, die teure Erinnerung immer wieder auf.

Aber Mieting wollte keineswegs klos in Erinnerungen schwelgen, wie sie sich den Anschein gab, und ihre Vermutung, daß Elsie sich ganz und gar nicht für den Grafen interessiere, hielt: nach jede Gelegenheit, die beiden zusammenzuführen, beständig; aber wenn sie von den Ereignissen auf Golmburg sprach, von der Abendtafel und dem Morgenpaziergang, — war es doch ganz unentzähllich, ja gar nicht zu vermeiden, daß unter anderen ein Name erwähnt wurde, welche Elsie aus freien Stücken niemals über die Lippen brachte und von dem Mieting überzeugt war, daß er Tag und Nacht in Elses Herzen widerlang.

Gerade, weil sie ihn nicht über die Lippen brachte. — Das muß doch einen Grund haben, sagte sich Mieting, und ebenso, daß er, der hier eingeübt und, nach allem, was ich von Tante: Eibonie höre, so gut, ja glänzend empfangen worden ist, sich gar niemals sehen läßt, und dieser Grund muß einer und derselbe, und kann nicht anders als ein trauriger, und muß eben der Grund von Elses Traurigkeit sein.

Aber jeder noch etwa auftauchende Zweifel an der Richtigkeit dieser Schlussfolgerung war beseitigt, als sie eines Tages — ganz zufällig — sie hatte nicht darnach geachtet, wahrhaftig nicht, aber ihre Gerderobe hielt die entscheidende Meinung, in der Elses Gerderobe zu geraten — in der Tasche des blauen Tarlatanleides, das Elsie gestern Abend in der Gesellschaft bei Stralbi: angefaßt, einen kalten Gegenstand fühlte, welchen sie für ein Perlmutter: hielt und, weil sie der Kälte: ungewohnt nicht recht trante, herausnehmen zu müssen glaubte, und in welchem sie, als sie ihn herausgenommen, zu ihrer nicht geringen Verwunderung einen Taschenuhr: in einer sehr zerlumpten Stoff: aus Elsenem erkennen mußte. In dem inneren Gefelle der Tasche: oder hatte mit ihr einen, aber doch ganz lesbaren goldenen Schlüssel ein weißer Name gestanden, welchen Elsie ganz hergeben zu haben schien. Mieting hielt gemeint, daß sie, da Verantwortlich und Verantwortlich bei ihr liegt, Elsie: wohl am besten ist, wenn sie auf den Fingerring: berichte; hatte die Tasche: — allerdings nicht ohne ein ganz indiskretes Rästel —

wieder geschlossen, in die Tasche zurückzuleiten lassen und sich in das Fenster gesetzt, um an ihre Mama zu schreiben, und war so eifrig beim Schreiben gewesen, daß sie nicht ein einziges Mal vom Papier aufblickte, als Elsie nach einer Minute: — sie hatte ihre Wirtschaft ordnen wollen — wieder heraufkam, ein paarmal, ohne ein Wort zu sagen, in dem Zimmerchen auf- und abging, dabei dem Tarlatanleide das ganz gelassen über der Brust: lehnte hing, hat immer mehr Nähe: te und endlich — Mieting war wieder: einmal in die vorbeigehende Zelle geraten und konnte deshalb durchaus nicht hinschauen — das Tarlatanleide von der Tasche: nahm und in den Schrank hängt. Und dabei mußte, denn wohl die Tasche herausgefallen sein — obgleich Mieting nichts hatte hören — in der Tasche war sie wenigstens nicht mehr — wie Mieting, nachdem Elsie wieder gegangen war, konstatierte — diesmal nicht zufällig — ich muß endlich einmal wissen, wozu ich bin, sagte Mieting — um ihr: erhalten!

In den beiden folgenden Tagen wurde Mieting in auf-fallender Weise ihrem Programm untreu. Sie war in der Gesellschaft: sehr gegen ihre Gewohnheit, zerstreut und schweigm, legte dafür vor der Dienerschaft eine indiskrete Neugier über die Verhältnisse und Gewohnheiten der benachbarten Familien, besonders der Schmidt: an den Tag, trieb die Unverständlichkeit sogar so weit, von ihrer bevorstehenden Abreise zu sprechen, und daß es die höchste Zeit sei, verschiedene Besuche bei Freunden der Eltern zu machen, die sie bisher in streitiger Meise vernachlässigt habe. Sie ging auch in der Tat einige Male ohne Elsen aus und war besonders den Nachmittag des dritten Tages auf mehrere Stunden verschunden, kam dann freilich zum Tee nach Hause, aber so wunderbar aufgeregt, daß es selbst Tante: Eibonie nicht entging und Elsie anfang, sich ernstlich zu beunruhigen.

Doch wie ergrat Elsie, als Mieting ihr, nachdem sie beide sich früher als gewöhnlich zurückgezogen, um den Hals fiel und unter beständigem Weinen rief: „Elsie, Elsie, Du brauchst Dich nicht mehr zu ängstigen und zu grünen! Ich schwöre es Dir bei dem, was mir das Glück: ist: unserer Freundschaft, er: halt Dich! Ich weiß es von ihm selbst!“

Die erste Wirkung dieser Worte schien nicht die von Mieting: er: wünscht und erhoffte zu sein, denn Elsie brach jetzt ebenfals in Tränen aus; aber Mieting fühlte, während sie die Kreutzeln im Arm hielt und den Kopf derselben an ihren Werten drückte, daß die Tränen, wie heiß und leidenschaftlich auch immer, doch keine Schmerz:tränen waren; daß der starre Gram, der Elses armes Herz so lange bedrückte, sich gelöst und daß sie stolz und stolz sein durfte, der Freundin diesen Dienst: geleistet und den Damm getrocknet zu haben.

(Fortsetzung folgt.)

Kandidatenausscheidung erfolgt ist; in dieser Veranstaltung habe die Arbeiterkraft nicht den vierten Teil der ihr zukommenden Ernte gehabt; die Vertrauensmänner seien zum größten Teil in ihrer Abstammung beeinträchtigt gewesen und die verantwortlichen Personen in Amberg hätten kein Wort zur Unterstützung eines Arbeiterkandidaten gesprochen. Das Amberger Zeitungsbüro bringt einen entstellenden Bericht über die Protestversammlung der Arbeiter. Früher habe man die jetzt so schlecht behandelten Arbeiterführer immer sehr gut gekannt, wenn irgend ein Arbeiterführer im Verzuge war; da hat man sogar ganz gerne Automobile zur Verfügung gestellt. Da stellen sich diese Arbeiterführer ja selber ein neues Zeugnis aus; sie geben an, daß sie den großen Wozren im Zentrum selbst die Zettel gepulvt haben, die nährlichen Stiefel, die sie jetzt so sehr im unteren Teile des Rücken fühlen müssen. Aber nun werden sie den Großkopfeln zeigen, was eine Karte ist: Die geistlichen Arbeiter werden unter allen Umständen und gegen alle Hindernisse auf der Arbeiterkandidatur bestehen! — Warten.

Die Hausflaverei in Deutsch-Ostafrika.

Der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika hat dem Reichstag eine Denkschrift über die Hausflaverei zugehen lassen. Im vorigen Jahr hat der Reichstag beschlossen, die Flaverei in Deutsch-Ostafrika nur noch bis zum 1. Januar 1920 zu dulden. Der Zweck der Denkschrift besteht nun in der Hauptsache darin, nachzuweisen, daß die Hausflaverei bis zu diesem Termin nicht festgestellt werden kann, wenn nicht die Gefahr großer Unstände vorausgesetzt werden soll. Nach der Denkschrift wäre das was der Hausflaverei in Deutsch-Ostafrika ein betriebsmäßiges Geschäft. So wird festgestellt, daß Mißhandlungen irgend welcher Art vorkommen, weil in diesem Falle die Behörde den Sklaven sofort für frei erklären würde. Die Arbeitsleistung der Hausflaven soll eine ganz minimale sein, und der Gouverneur behauptet weiter, daß dem Negern die verführerische Unfreiheit keineswegs lästig sei. Trotzdem müsse man der Forderung der Humanität nach die Flaverei zu beenden, die Forderung der Regierung. Die Zahl der Sklaven in Deutsch-Ostafrika schätzt der Gouverneur auf 135.000, und er beantragt im Anschluß hieran, daß schon bei der großen Zahl der Sklaven eine Befreiung dieses Verhältnisses bis zum 1. Januar 1920 absolut unmöglich sei. Dagegen müsse man versichern, daß die ganze Institution bis zum Jahre 1920 aufgehört habe zu existieren, denn alle nach dem 31. Dezember 1905 Geborenen dürften in keinem Sklaverhältnis mehr stehen. Bei der sofortigen Aufhebung der Flaverei würde dem Gouverneur die Pflicht erwachsen, diese Freigelassenen zurückzuführen oder für sie zu sorgen; dazu wären Summen notwendig, die in die Millionen gehen. Durch die Aufhebung der Hausflaverei würde eine große Reihe von wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu lösen sein, die für die deutsche Verwaltung ausfallen werden. Um das zu verhindern, und um zu verhindern, daß neue Unstände ausbrechen, schlägt der Gouverneur vor, die Befreiung des Sklaverhältnisses an einen bestimmten Termin überhaupt nicht zu knüpfen.

Der Säugling als Säuglingspfleger.

Der Stadt Offenbach, die eine sozialdemokratische Stadtverordnetenversammlung hat, ist bekanntlich auf Betreiben der unterlegenen bürgerlichen Parteien von der hiesigen Regierung die bisher städtische Polizei genommen und diese zur staatlichen gemacht worden. Daß sich dadurch die Sicherheitszustände in Offenbach, die schon vorher gute waren, noch irgendwie verbessert hätten, kann kein Mensch behaupten. „Verbessert“, das heißt erhöht haben sich nur die von der Stadt zu zahlenden Polizeikosten wesentlich, sind doch in den fast zwei Jahren des Bestehens der staatlichen Polizei die Ausgaben um etwa zwanzig vermehrt, auch sonst mancherlei neue Ausgaben gemacht worden. Den Beamten selbst hat die Verstaatlichung nur verschärften Dienst und schnellere Behandlung durch die Vorgesetzten eingebracht.

Der Stadt Offenbach verbleibt bisher von der ganzen Polizei nur noch die Bau-, Wohnungs- und Armenpolizei. Zu der letzteren gehört auch die Pflegekinderpolizei mit der Säuglings- und Kinderfürsorge. Auf diesem Gebiete hat die Offenbacher sozialdemokratische „Mittelbehörde“ bisher Bedeutendes geschaffen. Um die Eltern darüber aufzuklären, was die Ursachen des Hungertums und Sterbens der Kinder sind, hat die Stadt drei Säuglings- und Mütterberatungsstellen, die sie ganz auf ihre Kosten erhält und die außerordentlich starken Besuch und die schönsten Erfolge aufweisen. Um nicht nur durch Rat, sondern auch durch die Tat den Eltern und Kindern zu helfen, hat die Stadt eine Kinderkita-Instanz geschaffen, die unter namhaften Opfern einwandfreie Kinderkita zur Verfügung stellt. Ein städtischer Berufsbornum und erstreitet alljährlich viele Tausend Mark Almosen für seine Minder, ist auch der Waisen als Sammelvormund zur Verfügung gestellt. Die Pflegekinder werden regelmäßig von einer städtischen Frauenkommission besucht, von den städtischen Ärzten ständig gesundheitlich überwacht und die Armenverwaltung bewilligt fortwährend namhafte, weit über das gesetzliche Maß hinausgehende Mittel zum Unterhalt und zur Erziehung armer Kinder. Neuerdings ist noch die Anstellung einer städtischen Säuglingspflegerin beschlossen worden, welche die unter Berufsbornumschaft stehenden sowie die von den städtischen Beratungsstellen als besonders überwachungsbedürftig bezeichneten Säuglinge ständig besuchen soll. Die unentgeltliche Nebenarbeit wie die unentgeltliche Hauspflege bei den Waisen erinnen ergänzen die vorbildlichen Einrichtungen der Stadt trefflich. Mit Recht sagte der Oberbürgermeister von Offenbach in einem amtlichen Bericht an den Minister:

„Es muß zugegeben werden, daß die Stadt Offenbach den modernen Bestimmungen der Kinderfürsorge in ausgereicherter Weise gewacht worden ist, so daß die Kindersterblichkeit in Offenbach für eine Industriestadt recht gering ist.“

In diese vorzüglichen sozialen Einrichtungen greift nun die Offenbacher staatliche Polizei mit rauher Faust zerstörend ein, indem sie erklärt, daß sie jetzt die Pflegekinderpolitik übernehmen wolle und zu diesem Zwecke von der Stadt einen Gehalt für die bürokratische Bearbeitung der Pflegekinder und geeignete Bureauräume fordere. Gegen diese durch nichts gerechtfertigte Maßnahme der Offenbacher Staatspolizei hat der Oberbürgermeister in einem Schreiben an das Ministerium entschieden protestiert und diesen Protest eingehend begründet. Die Pflegekinderkontrolle durch Schulente sei, heißt es da, etwas so Unmögliches, daß darüber kein Wort weiter zu verlieren sei. Die jetzt tätigen Beamten und Beamtinnen der Stadt wie die städtischen Frauenärzte aber unter das Kommando der Polizei zu stellen und ihnen so zwei Herzen zu geben, gehe nicht an. Nicht nur die Arbeitsfreundlichkeit der städtischen Organe im Dienste der Kinderfürsorge würde nachlassen, auch die nicht genug anzuerkennende Bereitwilligkeit der Stadtverordnetenverwaltung, für Zwecke der Kinderfürsorge immer neue Mittel bereitzustellen, würde schwinden, wenn ein wichtiger Teil dieser Fürsorge der Stadt aus der Hand genommen und der Polizei übertragen würde. Der Protest des Oberbürgermeisters schließt mit folgenden Worten:

„Ein begründetes Interesse daran, die Pflegekinderüberwachung als Sicherheitspolizei der staatlichen Behörde zu übertragen, kann daher nicht anerkannt werden. Im Gegenteil. Die wichtigsten Gründe sprechen dafür, die Pflegekinderpolizei in den Händen des Oberbürgermeisters zu lassen. So vor allen Dingen die Zentralisierung der gesamten Kinderfürsorge bei einer Behörde, die in der Person des städtischen Berufsbornums bei Unterbringung eines Kindes ohne Unterbrechung vom Armenrat bis zur Genehmigung des Kreis-Bezirksamtes nachzugehen muß; dann aber die Garan-

tie einer wirksamen, den modernen Forderungen entsprechenden Fürsorge durch Arzt und ausgebildete Pflegerin; endlich aber erhebliche Ersparnisse, die nicht gemacht werden können, wenn lediglich einem Polizeipolizisten die Pflegekinderpolizei und dem Groß-Kreisamt übertragen wird. Es wäre doch wohl außerordentlich bedauerlich, wenn ohne alle Not eine blühende und leistungsfähige Organisation zerstört würde, um etwas an sich Unzulängliches an ihre Stelle zu setzen.“

Ob das Ministerium diesen durchschlagenden Gründen oder dem Unteroffizierspunkt der Polizei und der hinter ihr stehenden Aufsichtsbehörde zustimmen wird, ist noch unklar, doch ist bei den reaktionären Tendenzen der jetzigen bürgerlichen Regierung das Schlimmste zu befürchten. Schließlich ist doch auch nicht das Wohl der Säuglinge, sondern das Interesse der Staatsautorität gegenüber den gefährlichen Morden die Hauptsache?

Zerrissene Geldscheine.

Das Reichsschatzamt weist in einer Zirkular an die Presse darauf hin, daß die Fälle sich mehren, in denen Ersatz für zerrissene Reichsgeldscheine in Anspruch genommen wird. Die Behörde ist sehr oft außerstande, diesem Ersuchen zu entsprechen, weil sie nach den gesetzlichen Bestimmungen nur dann Ersatz leisten darf, wenn entweder von einem echten Reichsgeldscheine ein Rest vorgelegt wird, der mehr als die Hälfte eines solchen beträgt, oder wenn es auf Grund der beigebrachten Beweise als ausgeschlossen erscheint, daß der Betrag, der nicht vorgelegt, mehr als die Hälfte betragenden Teile noch wieder zum Vorschein kommen können. In der bei weitem überwiegenden Mehrzahl der vorliegenden Fälle ist der Schaden in der Weise entstanden, daß in ärgeren Betrieben bei den Lohnzahlungen die Arbeiter verschlossene Lohnkästen mit Bargeld und Papiergehalt erhalten, sobald die Lohnkästen zerrissen, das Bargeld ausgehändigt und die gereifene Lohnkästen mit dem noch darin enthaltenen Papiergehalt weggeschleudert werden. Wenn dann der Verlust entdeckt worden ist, so ist häufig die Lohnkästen oder ein Teil davon nicht mehr aufzufinden zu werden.

Die Beträge, die den Arbeitern auf diese Weise verloren gehen, sind offenbar gar nicht gering. Ob sich aber die Hoffnung des Reichsschatzamtes, daß die Unternehmer andere Lohnkästen anschaffen, erfüllt, erscheint recht zweifelhaft. Eher dürfte es angezeigt sein, bei den großen Mengen kleiner Kassenscheine, die jetzt im Verkehr sind, das Gesetz zu ändern, um einen Ersatz zerrissener Scheine leichter zu ermöglichen.

Das Disziplinarverfahren gegen den Kreisdirektor Wahl ist eingeleitet worden. Das reichslandliche Ministerium hat Wahl, der bekanntlich selbst den Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich stellte, mitgeteilt, daß keinerlei Beweise für eine fahrlässige oder willkürliche Unterschlagung von Anstandsleistungen gelegentlich der Zaberner Vorkommnisse gegen ihn vorliegen.

Natürlich paßt diese Entscheidung den Konservativen nicht. Bei der gegenwärtigen Stimmung wäre ein Tadel des verhassten Direktors Wasser auf ihre Mühle gewesen. — Nebenbei wird schon festgestellt, daß die Meldung, der Bürgermeister von Zaberu habe ein paar von der Militärbehörde an ihn gerichtete Fragen, ob er für die Sicherheit der Soldaten in Zaberu garantieren könne, mit „nein“ beantwortet, ein glatter Schwindel der konservativen Presse ist. Die Militärbehörde versichert, daß sowohl die Fragen wie Antworten erdichtet seien, die Militärbehörde habe keinerlei ähnliche Fragen an den Zaberner Bürgermeister gerichtet.

Massenkrankheiten in der Kaiserin. Der Abg. Reil (Soj.) hat dem Reichstage folgende kleine Anfrage eingebracht: Pressemitteilungen zufolge sind beim Trainbataillon Nr. 13 in Ludwigslust eine große Anzahl Mannschaften infolge Genußes gesundheitsschädlicher Würstchen erkrankt. Kann der Herr Reichstagskammerpräsident über Ursache, Zahl und Art der Erkrankungen?

Forderung des Bauens von Kleinwohnungen. Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf eingegangen, der den Reichskanzler ermächtigt, Bürgschaften für den Bau von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete in Höhe von 25 Millionen Mark zu übernehmen. Das Reich will auf zehn Jahre unfindbare Hypotheken zur zweiten Stelle geben und zwar erhalten diese Gelder gemeinnützige Genossenschaften, die mindestens 100 Mitglieder zählen. Die Wohnungen dürfen nur an minderbemittelte Familien abgegeben werden. Der gewerkschaftliche Verkauf geistiger Getränke ist unterlagert, ebenso das Halten von Schlafburden oder Koffinhäusern. Die Mietpreise dürfen nicht höher sein als wie die Verzinsung des Baukapitals und der sonstigen Aufwendungen erfordert. In der Herstellung und in der Haltung der Gebäude, sowie über die Kontrolle durch Bauaufträge des Reichs sind eingehende Vorschriften vorgegeben.

Ausland.

Das Ausjaugungssystem.

Immer wieder haben wir darauf zurückkommen müssen, wie die finnlandische Staatskasse zu Gunsten verschiedener russischer Zwecke ausgeplündert wird, vor allem jedoch für militärische Zwecke. Laut Grundgesetz hat Finnland das Recht, nach Maßgabe seiner Mittel eigenes Militär zur Verteidigung des Landes aufzustellen. Dieses Recht ist ihm genommen worden, indem die russische Regierung gegen den Willen des finnlandischen Landtages und im Widerspruch mit dem heute noch nicht aufgehobenen finnlandischen Reichsgesetz von 1878 dem Lande eine Militärärzterei auferlegte, die gegenwärtig fünfzehn Millionen Mark beträgt, um Jahre 1920 an jedoch sich auf zwanzig Millionen Mark jährlich belaufen wird. Während der letzten zehn Jahre sind von Finnland in die russische Reichskammer zu diesem Zweck rund 120 Millionen Mark übergeführt worden. Doch nicht genug hiermit. Ohne irgend eine Entschädigung verfügt die russische Regierung über die dem finnlandischen Staat gehörigen Kasernenbauten, deren Wert 28 Millionen Mark beträgt. Die Kosten für die Einquartierung des russischen Militärs in Finnland hat laut Gesetz nicht Finnland, sondern Rußland zu tragen. Nun sollen auch diese sämtlichen Kosten der finnlandischen Staatskasse auferlegt werden. Für russische Militärdepotplätze und Stiefelstände sind während der letzten Jahre in Finnland Grundstücke für 7 Millionen Mark expropriert worden. Diese Summe hat aber nicht, wie es das Gesetz verlangt, Rußland bezahlt, sondern sie sind ebenfalls der finnlandischen Staatskasse entnommen worden.

Wenn also hat nunmehr die russische Regierung sich das Recht usurviert, allein über die Anwendung der obenstehenden Staatseinnahmen Finnlands zu bestimmen. Sie tut dies in der Weise, daß sie bedeutende Summen für Auffrischungszwecke bei Seite legt und die Befriedigung sämtlicher Kulturbedürfnisse dem Landtag auferlegt. Wenn man hierzu die in einem unserer letzten Berichte erwähnte Brotkollapital der russischen Regierung in Betracht zieht, so ergibt sich, daß diese ein vollständiges Ausjaugungssystem gegen Finnland durchzuführen sucht, wodurch Land und Volk binnen kurzem dem Ruin entgegengeführt werden.

Der Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten in Petersburg für Finnland ist nicht ganz ohne Bedeutung. Wenn auch der obgenannte Ministerpräsident, obwohl die Unterdrückungspolitik gegen Finnland nicht hat aufhalten können, so hat er sie doch nicht gefördert, und die Finnländer haben von dieser seiner passiven Haltung in ihrem Verfassungskampf wenigstens den Vorteil gehabt, daß sie Zeit gewonnen und so manche unheilvolle Maßregel vorläufig aufgeschoben wurde. Der neue Ministerpräsident Gorenkin steht dagegen dem reaktionären Chauvinismus bedeutend näher, als Herr Kozolow und wird ohne Zweifel mit ganz anderer Energie die Pläne zur Unterdrückung der finnlandischen Autonomie unterstützen. Die russische Presse prophezeit auch bereits, daß die Loslösung der finnlandischen Grenzgebiete und die Umgestaltung des Politiksystems zu den ersten Maßregeln Gorenkins gehören werden. Es ist allerdings

nach unklar, wie sich die Reichskasse zu den zahlreichen zu erwartenden Regierungsvorlagen über Finnland stellen wird. Trotz der inneren Halb der Finnenpartei in längerer Zeit vor sich gegangenen Schwankungen nach links ist auf diese Partei doch kein rechter Verlaß. In Finnland erwartet man deshalb bloß eine Verschärfung der Unterdrückungsmaßnahmen und neue Verfolgungen und Verhaftungen.

Jahren in Rußland. Nach in Budapest eingetroffenen Meldungen aus Debrecin ist es in einem dortigen Hotel-Restaurant heute Nacht zu einer blutigen Szene gekommen. Zwischen dem Oberleutnant Vadic und dem Oberleutnant Oberleutnant Vadic einerseits und einer am Lebendigen stehenden Gesellschaft von Zivilisten andererseits ein Wortwechsel, der immer heftiger wurde und schließlich in eine Rauferei ausartete. Hierbei verletzten die Oberleutnant Vadic den Ingenieur Szabai durch einen Schuß in die Brust. Die Polizei mußte schließlich einschreiten, um die beiden Offiziere vor der Wut der Zivilisten zu schützen. Der Vorfall ereignete sich in der ganzen Stadt großes Aufsehen.

Wohnungsfrage in Belgien. Die Kammer hat in erster Lesung das Gesetz über die Errichtung von billigen Wohnungen angenommen. Die Errichtung dieser Wohnungen wird in die Hand einer staatlichen Gesellschaft gelegt, die mit einem Kapital von 100 Millionen Mark ausgestattet wird. — Dem Gesetz haben natürlich die Liberalen ebenfalls ihren Stempel aufgedrückt und dadurch seine soziale Wirkung bedeutend abgemildert. Der Arbeit unserer Genossen in den Gemeinden muß es nun obliegen, mittels des angenommenen Gesetzes soweit als möglich dem Volke wirklich sanitäre und gute Wohnungen zu schaffen.

Zu den Wirren in Mexiko. Ein Telegramm aus El Paso teilt mit, daß der Engländer Roger Lawrence, der den bisherigen Verträgen nach in Mexiko vermisst wird, in Imperial Valley aufgefunden worden ist; das führt zu der Annahme, daß auch sein Bruder Curtis sich wohlhalten in den Vereinigten Staaten befindet. Von Harry Compton, der von den amerikanischen Behörden gesucht wird, hat man noch keine Spur. Über das Schicksal des Deutschamerikaners Buch, der nach der Befreiung des Generals Villa wieder in Freiheit gesetzt worden sein soll, herrscht noch völlige Ungewißheit. Trotz der angestellten Nachforschungen ist noch nicht das Geringste über seinen Verbleib ermittelt worden. In Washingtoner Kreisen freilich will man sich mit der Pflicht tragen, die Wache der amerikanischen Botschaft in der Stadt Mexiko erheblich zu verstärken.

Weiß und Schwarz in Ostafrika. Die Erkenntnis bricht sich immer mehr Bahn, daß die wahre Erklärung für die Klassenkämpfe in Ostafrika und für das schamlose Verfalltregiment der kapitalistischen Interessen und der Regierung in den Beziehungen zwischen den weißen und den farbigen Arbeitern zu suchen ist. Solange die europäischen und die eingeborenen Arbeiter einander fremd oder feindselig gegenüberstehen, solange die eingeborene Arbeiterbevölkerung in einem Zustand des Pelotiums und der Unkultur gehalten wird, bleibt die weiße Arbeiterbevölkerung wirtschaftlich wie politisch dem Kapital gegenüber ohnmächtig. Das Kapital kann die weißen Arbeiter in Schach halten, indem es sie farbigen gegen die ersten auspielt. Das Kapital schiebt sich nun auch an, aus der gewalttätigen Überverwertung der weißen Arbeiterbevölkerung die Konsequenzen zu ziehen: die weißen Arbeiter sollen möglichst verdrängt, Ostafrika soll ein Land werden, in dem sich welches Kapital und farbige Arbeit gegenüberstellen. Ein sühnender Minenmagat hat erklärt, daß in den Minen so weit wie möglich weiße Arbeiter durch eingeborene ersetzt werden sollen.

Einem interessanten Beitrag zu dieser Entwicklung bringt die Meldung des „Daily Telegraph“, der sich bei der ganzen südafrikanischen Affäre durch wütenden Arbeiterhaß ausgezeichnet hat. Danach hat eine Massenversammlung farbiger Arbeiter in Kapstadt die Regierung aufgefordert, alle Oruben-, Zink- und Arbeitsverordnungen, die farbige von gewissen Arbeitsleistungen ausschließen, abzuschaffen. Dasselbe Blatt weiß auch folgendes mitzutellen. Einer der farbigen Redner, Mr. Danbu, habe erklärt, daß er im Juni v. J. zu einer Konferenz der weißen Arbeiterführer in Denon berufen und dort ersucht wurde, die farbigen Arbeiter am Rand zu organisieren und für ihre Teilnahme am Generalstreik zu wirken. Er, Danbu, habe die Bedingung gestellt, daß die farbigen in die Gewerkschaften der weißen zugelassen werden sollten, was die Arbeiterführer als verächtlich ablehnten.

Frauenbewegung.

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Frauen im Regierungsbereich Potsdam tagte am Sonntag in den „Germania-Hallen“ in Berlin. Außer der Frage: „Wie gewinnen wir die Frauen für die politische Organisation und wie führen wir sie zu tätigen Klassenkämpfern?“ wurden auch die agitatorischen Maßnahmen für den Frauentag und die „rote Woche“ erörtert. Aus letzterem Anlaß nahmen an der Konferenz auch männliche Vertreter der Kreisorganisationen und der einzelnen Ortsvereine teil. Anwesend waren 100 Genossinnen und Genossen. Eingeleitet wurde die Konferenz mit einer Sympathieerklärung für die Genossin Rosa Luxemburg.

Städtische Unterweisung. Die Vereinigung konservativer Frauen hat vom 11. bis 14. Februar in Berlin tagend. Zum Teil in geschlossenen Mitgelierngssitzungen, zum Teil in Versammlungen, denen eingeführte Gäste beizwohnen konnten. Neben die Vorträge, die von mehreren Herren und von einem vertabellen Fräulein Doktor gehalten wurden, soll die breitere Öffentlichkeit unterrichtet werden, wenn sie gedruckt vorliegen. Nur aus der Rede des Herrn Regierungsrat a. D. Slauman bringt die „Kreuzzeitung“ einige Einzelheiten. Sie behandelte die Stellung der Partei zur Vereinigung konservativer Frauen und zog noch einmal die Grenzen, über die hinaus die Frauen „auch nicht um Haarebreite“ gehen dürfen, wenn sie sich nicht den Born und die Unruhe der Partei zuziehen wollen. Von Frauenstimmrecht dürfe niemals die Rede sein, und die Entscheidungen des Parteivorstandes müßten vor der Vereinigung als die einzig maßgebenden befolgt werden.

Die konservativen Damen haben Gehorsam zugesichert, und da die Leiterin, Fräulein Vertba von Kröcher, noch ganz besonders erklärte, daß jede Frau nach links fest zugewandt sei, so werden wohl auch diejenigen konservativen Führer, die an der Vereinigung konservativer Frauen allzeit auszusehen hätten endlich aufgeben sein.

Ein Abtrünniger? Der Berliner Universitätsprofessor Dr. Koethe, der bisher die Frauen von seinen Vorlesungen streng ausschloß, will gnädig gestatten, daß an seinen Vorlesungen über neuere Literaturgeschichte, die er übernommen hat, solange der Lehstuhlführer Erich Schmidt noch unbesetzt ist, auch Schülerinnen teilnehmen.

Diese Konzession an die studierende weibliche Jugend wird dem Bund zur Bekämpfung der Frauenemancipation schlecht gefallen und Herr Dr. Koethe, der noch vor kurzem einen Aufruf dieser Organisation unterschrieb, wird sich nun wohl darauf gefaßt machen müssen, daß er als Abtrünniger aus dem Reihen des Bundes ausgestoßen wird!





IUSTITIA

Drei Grundsätze

des Hauses

Rudolf Petersdorff

auf denen dasselbe aufgebaut und mit denen es fortfahren wird zu arbeiten:

Gerechtigkeit, nicht nur jenen gegenüber, welche von uns kaufen, sondern auch denen gegenüber, von denen wir kaufen, die mit uns arbeiten und für uns arbeiten.

Wahrheit um ihretwillen und als Begleiterin der Gerechtigkeit. Wahrheit unverändert, ungefärbte Offenheit!

Fleiß, unermüdlich tätig in dem Bestreben, das Haus Petersdorff auf die richtige Art zu führen, Verbesserungen herauszufinden, welche unübertroffen sein sollen.

Das Festhalten an diesen Prinzipien ist eine Pflicht, welche wir dem Publikum schulden, sie sind für uns nicht leere Begriffe, sondern Lebensbedingung!

Das Haus RUDOLF PETERSDORFF wird Donnerstag, den 5. März, nachm. 5 Uhr geöffnet — **nur zur Besichtigung** — und Freitag früh 9 Uhr dem öffentlichen Verkehr übergeben werden.

Morgen Freitag: Ausschuswahl der Kaufmannskasse

im Gewerkschaftshause von 10 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends.

Handelsgangestellte! Wählt die Liste I.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. Februar.

Die Ausschuswahl der Kaufmannskasse

Am Mittwoch mit den Wahlen der Arbeitgeber begonnen. Im Saale der 'Neuen Börse' auf der Graupenstraße entwickelte sich in den Stunden von 3 bis 7 Uhr nachmittags ein lebhaftes Treiben...

Versammlung der Kassenmitglieder.

Eine von der Vertrauenskommission der Arbeitnehmerliste 1 abgesetzene Versammlung von Kassenmitgliedern wurde Mittwochsabend in den 'Unionssälen' Neuschloßstraße abgehalten.

Der Redner ging ferner ein auf das Verlangen nach weiblichen Kassen- und Kontrollleuten. Der erste Wunsch ist von dem Kassenstand längst erfüllt worden...

Die Ausschuswahl der Kaufmannskasse fand ihren Schluss mit der sehr lebhaften Beifall begleiteten Erklärung, daß die Kassen im Interesse der Beschäftigten gegründet wurden...

Der Zigarbeiternachweis für das Gastwirtsgeerbe

Breslau hat sich mit der Unterstützung des Magistrats gut entwickelt. Da ist es die Jahrhundertfeier gewesen, die den größten angeschlossenen Verein verärgerte und erklären ließ, er mache nicht mehr mit und ziehe seinen Jahresbeitrag zurück.

In der Versammlung des Saalbesitzervereins am Mittwoch las Genosse Neuberger ein Schreiben des Magistrats an den Vorstand des Saalbesitzer-Vereins.

Die beteiligten Vereine werden angefragt, ob sie in diesem Falle bereit seien sich dem städtischen Arbeitsnachweis mit einem Kauschbetrag anzuschließen.

Der Breslauer Verein der Schantwärter hatte, weil er verärgert war, den Austritt erklärt und beschloß, noch ein Jahr Mitglied zu bleiben, jedoch nicht mit dem vollen Betrage von etwa 1600 Mark, sondern nur mit einer Pauschale von 500 Mark.

Die ausgesperrten Metallarbeiter

versammelten sich heute vormittags in zwei Sälen von Pöpelwirth. Der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes ermahnte die Aussperrten in längerer Rede zum treuen Zusammenhalten.

Die Zentral-Bibliothek

der organisierten Arbeiter Breslaus hat sich in der letzten Zeit ihres Bestehens als ein dringendes Bedürfnis erwiesen und eifrig entwickelt.

Vom September bis 31. Dezember 1913 wurden 1239 Leser gezählt und 5333 ausgeliehene Bücher. Davon kommen auf Unterhaltung 2309, Kinderbücher 893, belehrende Literatur 2041.

Es wurden geleistet: Geschichtswerte 590 mal, Biographien 175 mal, Reisebeschreibungen, Väterkunde 439, Naturwissenschaft 362, Rechts- und Staatswissenschaft 26, Volkswirtschaft 115, Sozialismus und Sozialdemokratie 193, Technik 76, Philosophie und Religion 55, Erziehungslehre 47, Kunst- und Literaturgeschichte 27, Unterhaltungsliteratur 2309, Kinderbücher belehrender Art 152, Kinderbücher unterhaltender Art 741 mal.

Von den 1239 Lesern waren gewerkschaftlich und politisch organisiert 426, nur gewerkschaftlich organisiert 465, nur politisch organisiert 181, Kinder unter 14 Jahren 120, Jugendliche 12, Frauen 76.

Die Zahl der geleihenen Bücher verteilt sich wie folgt: 9 Maler entliehen 41 Bände, 63 Bauarbeiter 267 Bände, 24 Bureauangestellte und Handlungsgehilfen 84, 2 Maschinisten und Heizer 11, 73 Schneider, Schuhmacher, Hutmacher usw. 286, 35 Fabrikarbeiter 114, 30 Gemeindearbeiter 162, 152 Holzarbeiter 608, 12 Jugendliche (14-17) 81, 120 Kinder 790, 42 Buchdrucker, Lithographen, Buchbinder 183, 316 Metallarbeiter 1282, 3 Textilarbeiter 12, 8 Tabakarbeiter 17, 131 nur politisch organisierte Leser (40 Männer, 91 Frauen) 606, 10 Sozialarbeiter, Glasarbeiter 33, 3 Sattler 4, 34 Transportarbeiter 138, 154 Verschiedene (kleine Berufe, darunter auch 76 Frauen) 612 Bände.

Von den Gewerkschaften waren beteiligt die Bäder mit 9 Lesern, Barbier 1, Bauarbeiter 63, Brauerei- und Mühlensarbeiter 38, Böttcher 1, Buchdrucker 15, Buchbinder 11, Buchbinderhilfsarbeiter 4, Bureaubeamte 1, Fabrikarbeiter 35, Fleischer 1, Gärtner 1, Gastwirtsgehilfen 12, Gemeindearbeiter 30, Heizer 1, Glasarbeiter 7, Handlungsgehilfen 17, Holzarbeiter 152, Hutmacher 26, Lithographen 11, Maler 9, Maschinisten 2, Metallarbeiter 314, Porzellanarbeiter 3, Sattler 3, Schneider 20, Schuhmacher 15, Steinarbeiter 1, Tabakarbeiter 8, Transportarbeiter 34, Textilarbeiter 3, Tischler 2, Zivilmusiker 4, Zimmerer 3, Hausangestellte 2.

Die Zentralbibliothek enthält die Bibliothek der folgenden Organisationen: Sozialdemokratischer Verein 2480 Bände, Metallarbeiterverband 1036, Holzarbeiterverband 606, Fabrikarbeiterverband 240, Gemeindearbeiterverband 385, Buchbinderverband 232, Handlungsgehilfenverband 170, Schneiderverband 351, Schuhmacherverband 60, Brauereiarbeiterverband 40, Friseur 25, Sattler 55, Tischler 73, Maschinisten und Heizer 30, Schiffszimmerer 45, Lithographen und Steinbruder 37, Gastwirtsgehilfen 11, Bildhauer 109, Bauarbeiter 100, Porzellanarbeiter 130.

Der Bericht zeigt, daß die Zentralbibliothek in der kurzen Zeit ihres Bestehens verhältnismäßig stark benutzt wurde. Es ist aber erst ein kleiner Bruchteil der organisierten Arbeiter, die bisher die Bibliothek besuchten.

* Vom Döwiger Friedhof. In den Jahren 1906 und 1907 ist die Friedhofumwägung an der Döwiger Chaussee vom Haupteingang bis zum Eingangsstor 4 - d. i. von Osten nach Westen - erneuert worden - Koschakofel mit Sandstein; Abdeckplatten und Pfeiler, zwischen denen schmiedeeiserne Gitter eingemauert sind.

Die streitenden Glaubensblätter!

Aus der Flut der Anschuldigungen, die täglich die beiden Richtungen des kirchlichen Lageres gegeneinander ausschütten, sei heute das Neueste herausgehoben. Die 'Köln. Volkszeitung' schreibt gegen Pfarrer Nieborowski und Kopp: 'Soweit ist es gekommen, daß Pfarrer Nieborowski den Mut hatte, vor acht bis zehn Wochen den Kardinal Kopp um ein Darlehen von 6000 Mark zu bitten; ob er es erhalten hat, weiß man nicht.'

Weiter schreibt die 'Köln. Volkszeitung': 'Als die Zentrumspartei für den 18. Februar in Berlin ihre große Kundgebung ankündigte und die Berliner Richtung ihre Gegenkundgebung einberief, kam es an verschiedene Kirchen zu schlimmen Austritten.

Daß die Herren sich gegenseitig der Polizei benutzten, ist doch gar nicht so schlimm. In Breslau prügeln die Zentrumsleute ihre Glaubensblätter vor dem Vincenzhaus und der Matthiaskirche durch, wenn sie das 'Kathol. Deutschland' und Flugblatt des Herrn Nieborowski verbreiten - alles in katholischer Liebe und Duldsamkeit.

Die Ausschuswahl der Hutmacherkasse am 18. Februar hatte folgendes Ergebnis:

Die Liste 1 des Vorstandes und der freien Gewerkschaft erhielt 628 Stimmen, die Liste 2 (Hut-Frauenliste und Christlicher Mißmach) 205. Auf Liste 1 fielen 15 Vertreter, auf Liste 2 5. Die Wahlbeteiligung war ungewöhnlich stark; 80 Prozent der Wahlberechtigten gingen zur Wahl, was noch nie dagewesen ist.

Ein geriebener Schwindler

treibt gegenwärtig in Breslau sein Unwesen. Er besucht Leute in ihren Wohnungen, die von heiligen Geschriften verurteilt wurden und stellt sich ihnen als Pressevertreter vor. Dann fragt er die Verurteilten, ob sie wollen, daß die Sache nicht in die Zeitung kommt. Gewöhnlich ist der so Gefragte hoch beglückt über dieses menschensfreundliche Anerbieten.

Prüfung der Stellwagen und Kraftdroschken.

Der Polizeipräsident macht bekannt, daß sämtliche Stellwagen, Kraftdroschken und die halbedeckten Pferdebespannen an den Diensttagen und Freitagen der Monate April, Mai und Juni um 9 Uhr vormittags zur erneuten Nachprüfung dem Kommisariat für das öffentliche Fuhrwesen, vor dessen Amtsräumen, Ring 4, vorzustellen sind.

Zur Verhaftung des Bankdirektors Woodmann von der Breslauer Annnungsbank wird gemeldet.

W. befreit, sich einer Urkundenfälschung in dem Falle der Verlängerung eines Darlehens schuldig gemacht zu haben. Für Freitag ist eine außerordentliche Generalversammlung der Bankmitglieder einberufen worden, wo der vorläufige Prüfungsbericht gegeben werden soll.

Unfall auf der Straße.

Am Mittwoch vormittag wurde auf der Nikolastraße eine Frau, die den Fahrdamm überschritten wollte, von einem Fiescherwagen erfasst und zu Boden geschleudert. Die Frau erlitt bedeutende Verletzungen im Gesicht und blieb bewusstlos liegen.

Kollisionsfälle.

Auch in den letzten Tagen sind wieder Kollisionsfälle verübt worden, ohne daß es auch nur in einem Falle gelungen ist, den Täter zu ermitteln. So ist am 23. Februar von einem Rollwagen, der aufschüttslos auf der Margaretenstraße stand, ein Karton Feldjamen gestohlen worden.

Heberzieherdiebstahl.

Aus einem Bierlokal am Ring ist einem Gast vom Kleiderrechen sein schwarzer Winterüberzieher mit schwarzem seidnen Futter und dem Monogramm S. H. gestohlen worden.

Noch Soldaten.

Drei Ausstiezer vom Regiment 51 in Breslau war an einem Sonntag im Januar der Ausgang verboten. Nach 10 Uhr abends verließen sie aber heimlich die Kaserne durch ein Fenster und gingen in Kneipen. Ingetrunken rempelten zwei von ihnen mehrmals absichtlich Zivilisten an die ruhige ihres Weges gingen und verfolgten mit gezogenem Seitengewehr einen vor ihnen stehenden Zimmermann und einen Schuhmacher. Auf der Polizeiwache benahmen sie sich frech und verweigerten ihre Namen. Ein Soldat meinte, hätte er den Zimmermann erwölcht, würde er ihn 'alt gemacht' haben.

Verlauf über die Straße.

Man schreibt uns: Meulich hat sich der Polizeipräsident veranlaßt gesehen, die gesetzlichen Bestimmungen über den Verkauf von Waren über die Straße dringlich in Erinnerung zu bringen. Dabei ist ausdrücklich hervorgehoben worden, daß den Gastwirthschaften an Sonn- und Feiertagen, wie überhaupt in der Zeit, wo die übrigen Geschäfte geschlossen sein müssen, ein Verkauf von Getränken und Schwaren nur gestattet ist, wenn die Getränke dem Kauf eingeschickt werden und es sich um Spektel handelt, die zubereitet aus der Küche geliefert werden. Ueber diese Fälle bestehen vielfach Meinungs- und Streitigkeiten.

Es ist von jeher gebräuchlich gewesen, aus den Gastwirthschaften und besonders aus den Kresschmerzien am Sonntage und auch sonst, wenn die anderen Geschäfte geschlossen sind, allerlei Schwaren und auch Getränke in Flaschen zu holen. Hatte man vergessen, sich für den Sonntag mit den entsprechenden Vorräthen zu versehen, oder kam über-raschender Besuch, so half man sich sehr einfach in der Weise, daß man in die Küche der nächsten Kresschmerze oder Gastwirthschaft schickte und sich das Geforderte holen ließ. Da hat es nun genug Beschwerden von den Gewerbetreibenden gegeben, die sich dadurch in ihrem Geschäft benachteiligt fühlten. Es ist tatsächlich vorgekommen, daß belästigende der Fleischer wöchentlich nur halbviel Fleisch- und Wurstwaren umsetzte, als die benachbarte Gastwirthschaft. Deshalb ist die Polizei verpflichtet gewesen, streng darauf zu sehen, daß die Gastwirthschaften und Kresschmerzien an Sonn-, Feiertag- und Werktagen, wo die übrigen Geschäfte geschlossen sind, Getränke und Speisen, der Verordnung gemäß, nur vom Fass und in der Küche zubereitet, zum Verzehren, an die Gäste verkauft werden. Tagegen kann niemand etwas einwenden, wenn ein Fass, das in einer Gastwirthschaft oder Kresschmerze eingeschickt ist, dort Wurst, Schinken usw. zum Verzehren bestellt, das Verlangte aber nicht voll verzehrt, es vielmehr empackt, um es mit nach Hause zu nehmen.

Einen raffinierten Trick

habe die vermittelte Chorisit Auguste Verstandia von hier angewandt, um sich reichliche Geldmittel zu verschaffen. Sie sagte nämlich überal da, wo sie um Geld vorbrachte, ihr sei von einer Breslauer Pfarrgemeinde ein großes Kirchenlegat in Aussicht gestellt, und sie könne es nur erhalten, wenn sie nachweise, daß sie sich in verschuldeter Lage befinde. Sie sei aber nicht verschuldet und wolle nur deshalb Darlehne annehmen, um die geforderte Bedingung - nämlich Schulden zu haben - zu erfüllen. Auf diesen plumpen Schwindel fiel eine Anzahl Personen, mit denen sie in Beziehungen war, auch hinein. Eine Frau war so leichtgläubig, der Schwindlerin 3850 Mark in Wertpapieren zu geben. Auf einer anderen Stelle schlug sie 400 Mk. heraus. Ein Künstler übergab ihr 2000 Mark. Hier hatte die Frau ihm vorgeschworen, er könne sich eventuell an dem angelegentlich nicht belasteten Grundstück ihrer Mutter schadlos halten. In Wirklichkeit war das Haus mit 1000 Mk. bar belastet. So trieb es die Betrügerin ein Jahr lang bis zum September 1918. Die Kriminalpolizei legte ihr das laubere Sandwerk, nachdem sie fünfzig vollendete und fünf verheißene Betrugsschritte bereits auf dem Schreibtische hatte. Von der hiesigen Strafkammer erhielt sie dafür jetzt eine Gefängnisstrafe von 2 1/2 Jahren zubüßend. Zwei Monate der Untersuchungshaft wurden in Anrechnung gebracht.

Die Studenten und die WürstelstraÙe.

In einer Sitzung des vorigen Jahres verurtheilten drei bezogene Studenten auf dem Waidplatz die WürstelstraÙenräuber, eine ältere Frau auf das Verbot ihres Wagens zu setzen. Nur der älteste, daß die WürstelstraÙen einen ziemlichen Verkehrs- und sehr achbares Gewicht hat, verhinderte diesen aus-gelassenen Streich. Darauf erlaubten sich die „gebildeten“ Herren denselben unpassenden Scherz an zwei jungen Mädchen. Ein Provokationsreisender nahm daran Antheil. Auf seine Veranlassung stellte ein Schuhmann die Namen der Missethäter fest und sie erzielten später jeder einen vollständigen Strafbefehl wegen Ver-übung groben Unflugs. Zwei der Unflugsünder beurlaubten sich dabei, nur der dritte, Student Dudzil, erhob Einspruch, weil er sich schuldig fühlte. Er hält sich gegenwärtig in Wien auf. Aus seinem Wunsch verhandelte jetzt das Breslauer Schöffengericht in seiner Abwesenheit. Als Zeugen wurden gehört der Provokations-reisende K. und einer der beteiligten Studenten, der gegenwärtig als Einjährig-Freiwilliger beim 11. Regiment steht. Der Reisende behauptete, alle drei Studenten hätten sich gemeinsam an den unmannerlichen Streichen beteiligt; er konnte aber im einzelnen nicht sicher bekunden was K., um den allein es sich jetzt handelte, getan hat. Deshalb mußte der gegen K. erlassene Strafbefehl aufgehoben werden. Das Urteil lautete auf Frei-sprechung.

Abbruch der Friedrichstraße. Zur Vorbereitung des Bahndammes zwischen Höfchen- und Leichstraße hat bekanntlich der Bahnklub sämtliche Grundstücke der südlichen Seite der Friedrichstraße angekauft, um sie abzubauen und so diesen Teil der Friedrichstraße und den Bahndamm zu erweitern, damit ein vierter Schienenstrang und Rangiergleise eingerichtet werden können. Den Mietern der vielen Wohnungen ist zum Teil schon zum Februar, zum März und April gekündigt worden, und zahlreiche Wohnungen stehen bereits leer. Am Montag ist nun schon mit dem Ab-bruch begonnen worden. Das Haus Nr. 4 (Sindenburg), das nächste am Schause Friedrichstraße/Leichstraße, ebenso das neben dem Schause Höfchenstraße/Friedrichstraße gelegene Haus Nr. 48 wird bereits abgebrochen. Die Abbrucharbeiten führt dort das Abbruchgeschäft von Richard Hoffmann aus und auf dem letzt- genannten Grundstück das Abbruchgeschäft von Eskar Rosen-berg. Der Abbruch sämtlicher Häuser wird längere Zeit dauern, vielen Mietern ist deshalb die Frist zum Auszuge bis in den April hinein verlängert worden.

Eine Doppelrolle. Ein junger Koch von hier verlegte sich während seiner Stellungslosigkeit im vorigen Jahre darauf, betteln zu gehen, obgleich er von seinem Vater über Wasser gehalten wurde und keine Not litt. Während er am Tage zer-rissene Kleider und Schuhe anzog, um den Anschein der Bedür-ftigkeit zu erwecken, kleidete er sich abends elegant an und legte manchmal sogar Frack und Zylinder an, um sich in Nachbarkreisen zu vergnügen. Hinter diese Doppelrolle kam ein Gastwirt, der die Polizei auf den Koch aufmerksam machte. Der junge Mann erhielt darauf wegen Bettelns einen Strafbefehl über 2 Wochen Haft zugestellt, gegen den er Einspruch erhob. Das hiesige Schöffengericht ermäßigte die Strafe auf 3 Tage Haft, weil der Angeklagte bisher unbescholten war und sehr in Haft ist, die er durch die Verhängung einer längeren Freiheitsstrafe womöglich verlieren könnte.

Eine Verleumdung entstand Dienstag abend gegen 11 Uhr auf der Kaiser-Wilhelmstraße. Ein Kutscher fuhr mit seinem beladenen Viehwagen auf die Gleisbetonung des Bahn-hofs, der von der Landbergstraße bis an den Friedberg für die Straßenbahn besonders angelegt ist. Nach mehreren mis-siglichen Versuchen, mit Hilfe der Straßenbahner das Hindernis aus dem Wege zu räumen, wurde ein Motorwagen mit einer Kette vor den Viehwagen gespannt und so die Bahn wieder freigemacht. Es hatten sich inzwischen viele Straßenbahn-wagen angeammelt, da beide Gleise gesperrt worden waren.

Eine halbkräftige Verkehrsströmung entstand auch heute früh auf der Michaelisstraße. Am Freitag-morgen verkehrte ein beladener Viehwagen das Gleis nach

der Michaelisstraße; er wurde bis zur Gasse abgeladen und da-durch die Straße wieder freigemacht.

Rein Turnen verunfallt. Mittwoch nachmittags stürzte in der Turnhalle der Volksschule auf der Weitsstraße eine 18-jährige Schülerin beim Turnen an den Ringen ab und blieb beunruhigend mit bedeutenden Verletzungen am linken Auge und am Wunde liegen. Man rief die Samariter der Feuerweh-herbei, die dem Kinde einen Motorverband anlegten und es dann in die elterliche Wohnung schafften.

Neueste Nachrichten.

Unruhen in Valencia.

Madrid, 26. Februar. Lebhaftige Unruhen sind in verschie-denen Teilen Spaniens wegen der neuen Munizipal-steuern ausgebrochen. Besonders in Valencia ist die Situation sehr bedenklich. Gestern früh waren dort alle Märkte verödet, und die Wagen, die Provlant in die Stadt brachten, wurden bei ihrer Einfahrt in die Stadt von den Bewohnern angefallen und geplündert. Sämtliche Geschäfte waren geschlossen, und die Handwerker selekten. Die Fabriken sowie die großen Waren-händler mußten gleichfalls schließen. Die Straßenbahnwagen wurden von der Menge mit Steinen beworfen. Die Straßen-bahngesellschaft wurde gezwungen, den Verkehr aufzuheben. Ueber den Hauptplatz der Stadt wurden abgehauene Bäume ge-legt, um dadurch den gesamten Verkehr unmöglich zu machen. In der ganzen Stadt steht kein einziger Laternenpfahl mehr auf-recht, so daß die Stadt gegen Abend in völliges Dunkel ge-fallen ist. Zwischen Polizisten und der Bevölkerung kam es mehrfach zu Zusammenstößen. Die Wohnung des Bürgermeisters von Valencia mußte durch eine Kompanie Soldaten gegen die Wut der Menge geschützt werden. Als der Bürgermeister schließlich unter dem Schutz von einer großen Anzahl von Gen-darmen die Wohnung verließ und auf die Straße kam, rief die Menge: „Nieder mit ihm! Pängt ihn!“ Es ist wahrscheinlich, daß der Verhaftungsfall auch über die Stadt verhängt werden wird.

Wieder ein deutscher Luftfahrer in Rußland verhaftet.

Berlin, 26. Februar. Der Ingenieur Berliner war kürz-lich nach 47-tägiger Fahrt, einem neuen Distanzwe-lt-rekord, mit dem Freiballon „S. Z.“ bei Perm im sibir-ischen Teil des Uralgebirges gelandet. Seit seiner Landung war man ohne jede Nachricht von ihm. Die Vermutung, daß er wegen Spionageverdachts von den russischen Behörden festgehalten werde, wird jetzt bestätigt durch eine von ihm am 17. Februar in Perm auf-gegebene Postkarte, die an seine Fremde gerichtet ist. Darin teilt er seine Verhaftung mit und gibt gleichzeitig der Postung-Ausdruck, daß er demnächst freigelassen werden dürfte. (2) Wä-her ist der Ingenieur Berliner jedoch noch nicht nach Berlin zurückgekehrt. Auch fehlte bis gestern jede weitere Nachricht von ihm.

Ein Spiegelwert?

Berlin, 26. Februar. Die Abhaltung einer vom Ber-liner Studenten Ausschuss für gestern Abend nach dem Tiergärtchenhof zu Charlottenburg eintreffenden Versammlung, in der der russische Schriftsteller Lunatscharsky aus Paris einen Vortrag über das Thema „Krisis der gegen-wärtigen Kunst und Emile Verhaeren“ halten sollte, wurde von der Polizei plötzlich verhindert. Noch vor Beginn des Vortrages erschienen ein Kriminalkommissar und mehrere Poli-zisten im Tiergärtchenhof, angeblich zur Feststellung der Persön-lichkeit des Referenten. Dieser wies ihnen von der Pariser Prä-fatur ausgetretene Legitimationspapiere und die amt-liche Journalistenkarte mit Fotograffie vor. Der Kommissar erklärte jedoch diese Legitimation als unzureichend und forderte Herrn Lunatscharsky auf, mit ihm nach dem Poli-zeipräsidenten zu kommen. Auf dem Wege dorthin, fußen mehrere Kriminalbeamte mit Herrn Lunatscharsky nach seinem Logis, wo sein sibirisches Reisegepäck abgeholt und nach dem Polizeipräsidenten mitgenommen wurde. Dort wurde Lunatscharsky festgehalten und zum Uebernachten gezwungen. Die per-sönlichen Freunde und Landeleute Lunatscharsky suchten auf dem Polizeipräsidenten die Gründe der Festnahme zu erfahren. Sie erhielten jedoch keinerlei Auskunft. Bereits am Montag hat Lunatscharsky hier einen Vortrag über russische Literatur und Maxim Gorki, dessen persönlicher Freund er übrigens ist, gehalten. Seit etwa acht Jahren lebt der Ver-fasser in Paris. Legend eine gewisse Tätigkeit soll er nicht ausüben haben.

„Nachwehen“ zum Lubelski-Prozess.

- 1. Das gegen den früheren Polizeikommissar auf Probe Stelle in Myslowitz, gegen den Disziplinerverfahren nach seiner Entlassung nicht ausgesetzt ist, bei der künftigen Staatsanwaltshaft das gerichtliche Strafverfahren beantragt ist.
- 2. Das die königliche Staatsanwaltschaft erucht worden ist, ihr Verzeihen zum Lubelski-Prozess angeklagtes Strafgerich-tliches Verfahren gegen den Agenten Max Weich-mann in Myslowitz nicht zu beschleunigen, um die Unterlagen für die Prüfung der Frage einer Konjunktio-nentziehung baldigt zu gewinnen.
- 3. Das der königliche Grenzkommissar Polizeirat Wädler gegen sich und die beiden ihm beigegebenen Beamten wegen der im Lubelski-Prozess gegen un erhobenen Vernehmung das Disziplinerverfahren selbst beantragt hat.
- 4. Das der königliche Grenzkommissar Polizeirat Wädler außerdem noch in Folge der Vernehmung jählicher Vernehmung durch den Herrn Vorsitzenden der Strafkammer bei der könig-lichen Staatsanwaltschaft Selbstanzeige wegen ange-blicher Verletzung der Amtsgewalt hat.
- 5. Das der Polizeibeamter Bürgermeister Dr. Neuser in Myslowitz gegen sich selbst und königliche Polizeibeamte der Stadt wegen der im Lubelski-Prozess erhobenen Beschuldi-gungen das Disziplinerverfahren beantragt hat, welches bereits im Gange ist, und dessen bisheriges Ergeb-nis sich dahin übersehen läßt, daß die durch die Presse ver-breiteten Vorwürfe eines organisierten Vernehmungssystems und einer Flut von Korruption wahllos übertrieben sind und greif-barer Unterlagen entbehren.
- 6. Das die weniger Polizeibeamten, gegen welche der Verdacht der Befangenheit erhoben worden ist, schon seit längerem von der Kontrolle des Auswärtigen-Geschäfts abgelehnt werden sind.
- 7. Das zu den Beschuldigungen verschiedener Polizei-organ durch den Herrn Vorsitzenden der Strafkammer bei der Urteilsverkündung im Lubelski-Prozess nach Vorlage des Urteils seinerzeit von Aufsicht wegen Stellung angenommen werden wird.

Das kann ja gut werden.

Zusammenstoß im elfag-slohringischen Landtag.

Strasburg, 26. Februar. Heftige Zusammenstöße zwischen dem neuen Unterstaatssekretär Freiherrn v. Stein und den Mitgliedern des elfag-slohringischen Landtages ereigneten sich in der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer. Bei der Debatte

über den Etat der Wasserbauverwaltung kam die Rede auf die Verunreinigung der Ill in Strassburg durch die weitbekannte Lederfabrik Adler und Ottenheimer. Während der Vor-schreiber Wolf und der Zentrumsabgeordnete Mauch lebhaft für die Regierung eintraten, kritisierte der sozialdemokratische Abgeordnete Zumbach die in der Debatte herrschenden Mißstände. In Verlauf der Debatte berührte der Abgeordnete Wolf das Ver-halten der früheren Regierung, deren Stellungnahme er als schickanz bezeichnete. Scharf und entschieden trat Freiherr v. Stein für die vorige Regierung ein. Dabei befragte er die Redevedung, daß sich der Abgeordnete Wolf durch Be-zichtigung der alten Regierung das Wohlwollen der Re-gierung gewinnen wolle. Diese Aeußerung erregte peinliches Miß-sehen. Abg. Wolf verwahrte sich in entschiedenem Tone gegen eine derartige Einmischung in die Redefreiheit der Abgeordneten. Als der Unterstaatssekretär daraufhin erwiderte, stellte sich Abge-ordneter Mauch im Namen der Zentrumspartei auf die Seite Wolfs. Die Kritik, die Wolf geübt habe, sei scharf aber durchaus ge-rechtfertigt gewesen. Der Zwischenfall, der im ganzen Parla-ment großes Aufsehen erregt, wird hier lebhaft kommentiert.

Verhaftung eines Ordensschwändlers.

Paris, 26. Februar. Einer ausgegebenen Ordensschwändel-affäre ist, wie der Vertreter der Telegraphen-Union erfährt, die Polizei auf die Spur gekommen. In die Affäre sind verschiedene bekannte Berliner Persönlichkeiten verwickelt. Es handelt sich vor allem um einen gewissen Moser aus Berlin, der hier in Begleitung einer Halbweildame in einem Hotel in der Rue d'Hauteville abgestiegen war, und zwar als Baron Moser und Frau, Kammerherr des Papstes. In dieser Eigen-schaft fand er eine Anzahl Leichtgläubiger, denen er für schweres Geld alle möglichen Orden und sonstigen Auszeichnungen ver-kaufte. Er sowie die Halbweildame wurden in aller Stille ver-haftet. Mit ihnen wurde auch ein gewisser Branco verhaftet, eine in gewissen Berliner Kaffeehäusern wohlbekanntere Per-sönlichkeit, der unter dem Verdacht der Mißtäterschaft steht. Es wird angenommen, daß noch eine größere Reihe weiterer Ver-fahtungen bevorsteht.

Marine-Unfall.

Toulon, 26. Februar. Bei einer Ausfahrt des hiesigen Torpedobootgeschwaders geriet das Torpedoboot „Revanbin“ in Brand, wobei mehrere Matrosen schwere Brandwunden erlitten. Nur mit großer Mühe gelang es, einer Katastrophe vorzubeugen. Das Boot mußte mit schweren Havarien ins Dock geschleppt werden.

Schwerer Straßenbahnunfall.

London, 26. Februar. Trotz der strengen Vorschriften, die anlässlich der Kanalisationsarbeiten gelegten provisorischen Schienen wegen erlassen waren, fuhr gestern der Führer eines Motorwagens in Manchester in übermäßig schnellem Tempo durch eine Kurve des provisorischen Gleises. Der schwere Wagen sprang aus den Schienen, stürzte mitten auf der Straße um und wurde vollständig zertrüm-meret. Es befanden sich in ihm etwa 20 Personen, die alle durch die Glassplitter und durch das Verfehlen der Holz- und Eisenteile schwer verletzt wurden. Einige Passanten kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Noch ein Deutscher von mexikanischen Rebellen ermordet.

London, 26. Februar. Nach einer Meldung des „Daily Mail“ aus New York steht es fest, daß auch der Deutsche Gustav Bauch in der vergangenen Woche von General Villa erschossen worden ist, trotzdem die Rebellen dies bisher abge-leugnet haben. Auch die Ermordung eines amerikanischen Bürgers unterliegt keinem Zweifel mehr. General Villa weigert sich nach wie vor, die Leiche des Schotten Benton heraus-zugeben.

Zwei Reisende überfallen und verschleppt.

Wien, 26. Februar. Aus Gbassan wird der „Neuen Freien Presse“ gemeldet: Zwei amerikanische Reisende, die Gbassan besuchten, wurden von Räubern ergriffen und verschleppt. Man glaubt, daß der Ueberfall von Feinden des Gouverneurs Sakli Laicha angezettelt wurde, um ihn bei der internationalen Grenz-ommision zu kompromittieren.

Durch Unternehmerrache in den Tod getrieben.

Wag, 26. Februar. Der nach schweren Müssen beigelegte Buchdrucker Reich hat durch die Nachsicht eines beteiligten Unternehmers nachträglich ein Opfer gesessen. Der Seher einer hiesigen Tageszeitung, namens Kopper, ein 54-jähriger Mann, wurde nach Beendigung des Ausstandes in der Druckerei, in der er bisher beschäftigt war, nicht wieder an-genommen. In einem Anfall von Verzweiflung hat er gestern in seiner Wohnung zuerst seine 19-jährige Tochter durch einen Schuß schwer verletzt und sich dann selbst getötet.

Briefkasten.

- Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt. Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12-1 Uhr mittags.
- H. G., Bries. Ja, Sie können sich in der königlichen Uni-versitätsbibliothek unterziehen lassen. Das ist unentgeltlich.
- E. 100. 1. Die Sache war nach fünf Jahren verjährt. 2. Es müßte für den Mann ein Pfleger bestellt werden; schreiben Sie an das Amtsgericht.
- 100a. Ja, Sie brauchen einen Wandergewerbeschein, der ungefähr 18 bis 30 Mark kosten wird. Ein sogenannter Ge-werbeschein ist außerdem nicht nötig.
- E., Mittenbrunn. Der alte Breslauer Konsum-Verein ist vor 48 Jahren, also 1866, gegründet worden; er hat auch sehr klein angefangen. Das Konsumverbot beträgt 50 Wfg. Die Verwaltung des alten Konsumvereins war früher im wesentlichen so geartet, wie die des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts“. Vor ungefähr zwanzig Jahren jedoch, als sich die Mitglieder zu rühren begannen, wurden sie dadurch entrechtet, daß im Statut gefast wurde, wer wahlberechtigt sein will, muß ein Sparausgaben von 80 Mark besitzen.
- E., Schwerikstraße. 1. Sie können aufs Standesamt I (Malesgasse) gehen, aber auch das Standesamt IV (Sieben-hufenstraße) besuchen. 2. Die Geburtsurkunden genügen. 3. Ja, Sie können sich überweisen lassen.

Weiternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Nach Westl. Zeit seit d. d. d. + 2 1/2 Min.	24. Februar	25. Februar	26. Febr.
	Uhrzeit	Uhrzeit	Uhrzeit
Aufgang (D.)	10.0	9.1	8.0
Untergang (D.)	18.0	17.1	16.0
Dauertag (max.)	7.5	7.4	7.3
Dauertag (min.)	6.6	6.5	6.4
Dauertag (M.)	7.2	7.1	7.0
Blind (0-12)	0.2	0.4	0.3
Weiter	bedeckt	bedeckt	bedeckt

Höhe der Niederschläge seit gestern früh 2,70. Gestern vormittag Regen. Heute früh Nebel. Zur Reduktion aufs Meeresniveau sind 13,1 m hinzuzufügen.

Genossen! Agitiert überall für die Arbeiterpresse!

Mitglieder der Ortskrankenkasse der Kaufleute!

Freitag, den 27. Februar

im Gewerkschaftshause

14987

von früh 10 bis abends 10 Uhr

Wahl der Ausschussmitglieder.

Jeder über 21 Jahr alte Angestellte wählt

Liste 1.

Bereine und Versammlungen.

Freidenkertum und Sozialdemokratie — Kirche und Religion.

Dieses Thema wird Redakteur **Richard Schiller** am Montag, den 2. März, abends 8 Uhr, in einer

Volks-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Margarethenstraße 17

behandeln. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, Freunde und Gegner sind freundlich eingeladen. Der Einberufer.

Am 24. d. Mts. verschied unser Kollege, der Steinssetzer

Paul Winkler.

Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren

Verband d. Steinssetzer, Pflasterer u. Berufsgenossen Deutschlands, Filiale Breslau.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Erlöser-Friedhofes in Oswitz. 15026

Stadt-Theater.

Donnerstag 7 1/2 Uhr (Erweiterte Preise.)

„Der Waffenmeister.“

Freitag, 7 Uhr:

„Götterdämmerung.“

Sonnabend 7 1/2 Uhr:

„Blaubart.“

Entführung und Zugang auf Abonnement für das Gastspiel am 6., 7. und 8. März nur heute Mittwoch, den 25., und morgen Donnerstag, den 26. Febr., nachm. 8-5 Uhr, an der Kasse des Stadttheaters. Den Abonnenten bleiben ihre Plätze gegen Nachzahlung der Differenz gültig. Die Kaufleute der vorbestellten Eintrittskarten für dieses Gastspiel findet dann Freitag, den 27., und Sonnabend, den 28. Februar, ebenfalls nachmittags von 3-5 Uhr an der Kasse statt.

Lobe-Theater.

Donnerstag 7 1/2 Uhr: 14939

„Casard.“

Freitag, 7 1/2 Uhr:

„Al-Brüderberg.“

Sonnabend 7 1/2 Uhr:

„Die Welt ohne Männer.“

Thalia-Theater.

Donnerstag: Humboldt-Verein. 15011

1. Abonnement-Vorstellung:

„Die Heuermähten.“

„Abschiedsoper.“

Freitag, 7 1/2 Uhr:

Gruppe K. 1. Vorstellung:

„Der ungetreue Eckhart.“

Sonnabend, 7 1/2 Uhr:

„Mehitabel der Menschheit.“

Schauspielhaus (Operettenbühne.)

Heute, Donnerstag 8 Uhr:

„Polrabint.“

Freitag 8 Uhr:

„Die Strohkönigin.“

Sonnabend, 8 Uhr:

„Polrabint.“ 14950

Liebig's Etablissement

Star 200 3 Tage: 15000

Das brillante Februar-Programm.

II. K.: Auto gegen Expresszug!

Bernhard Hörbitz.

Erna Arla & Co.

Sonnabend, den 1. März:

„Nachmittags-Vorstellung.“

Viktorla-Theater.

„Die Schifferbrüchigen.“

Anf. Wochentg. 8 1/2, Sonntg. 8 U.

Sonntag, Nachm.-Vorstellung

Anfang 7 1/2 Uhr. Halbe Preise.

Boss wochentags gültig. 15000

Zeltgarten.

Neues Programm.

Volkstümliche Eintrittspreise

b. Mitt.

Saal: **Eintritt frei!**

(Eintrittsgeld nur gegen Vorweisung d. Eintrittskarte 15 Pf.)

Masken-Kostüme

Verkauft billig

Franz Hiltner

Neumarktstraße 53, II. Etg.

Jauer Kartell-Verzinsung.

Dienstag, d. 3. März, abends 8 Uhr.

Meinen [15043]

Herzlichsten Dank

den Maschinisten und Heizern der Zahnstelle Bries für die Erinnerung an den Todesstag meines Mannes.

Frau Weiman

Brieg, Mühlstraße 6.

Für wenig Bemittelte

ii. Krankenkassen Behandlung u. schmerzstillend. Mitteln, Nichten schmerzstillend, Wiederbefestigung lockerer Zähne, Zahnreinigung ohne Platte, Plomben z. Altimpreisen.

Neuborsdorf, 25, I., n. 5-7.

Bahn-Arzt

Kuno Walter 14920

Privatpraxis:

Zwingerplatz 1, 10-12 u. 3-5.

Telephon 7067.

Bücher-Auktion.

15020

1. und 2. Auktion den 3. März 1914.

Besprechungen den 3. März 1914.

Plauder-Auktion Oelschnecke 12.

Zigarren — Zigaretten.

15002

Bringe mein Geschäft in empfehlende Erinnerung.

Huben- Ecke Buddestraße.

Schweinefleisch

15003

Die Bands, Kehlbraten 60 Pfg., Schump-Schulter, Keule, Keilbraten 70 Pfg. Ausgeföhntes 80 Pfg., Speck 70 Pfg. Kalbfleisch 90 Pfg., auch Keule und Niere. Rindfleisch, Lammes, 70 Pfg., Kalbsfleisch 80 Pfg. Rindfleisch ohne Knochen 90 Pfg., Gebäcktes 80 Pfg., Leber- und Preispurst 70 Pfg., Gießene 40 bis 60 Pfg. nur bei

R. Opitz, Trebnitzerstrasse 18.

Es gibt es täglich prima feinsten

Speisequark?

15017

Reichlich Zuckerhülse 87.

Alter Kuhmilch Heer Antoniebr.

Derzeitlich auch Verkauf u. Versand von feinstem Vollmilch und Buttermilch.

Schokoladen- u. Zuckerwaren

15029

kauft man sehr gut und unerreicht preiswert in unseren Verkaufsstellen. Machen Sie einen Versuch und Sie sind dauernder Kunde.

Schlesisches Schokoladenhaus

Jauer, Goldbergerstr. Ecke Neumarkt

Reichenbach, Ring 38,

Gleiwitz, Wilhelmstr. 24,

Besten, Bahnhofstr. 15,

Myslowitz, Ring 16, Laurahütte,

Beuthenerstr., Ecke Barbarastr.,

Zabrze, Kronprinzenstr. 134,

Tarnowitz, Krakauerstr. 6.

Natur u. die Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

15019

Preis 20 Pfg.

Zu beziehen durch die Expedition

Arbeitsmarkt

15014

Garantiert dauernd gutlohn.

Heimarbeit

erhält jede Dame durch leichte Handarbeit. Die Arbeit wird nach jedem Orte versendet. Näheres durch Prospekt mit farbigen Muster gegen Einzahlung von 40 Pf. in Mark bei Rosa Schparat, Geibegg 1. Müllgr.

Friseur-Lehrling

15012

kann bald oder später anstellen. 3 Jahre Lehrzeit u. alles frei. Gehalt 1000 Mark. Besondere und dauerhafte Geschäft. Brautbad D.C.

Wilhelmsburg Gute Donnerstag: 15025

Süßes Bockfest, Tanzkränzen, Gostlicher gratis. Org. F. Hörzel.

Einen grossen Posten Kakao-Pulver

garantiert rein und leicht löslich, stelle ich

Donnerstag, Freitag und Sonnabend

zu nachstehend enorm billigen Preisen zum Verkauf

bei	1	3	5	10 Pfund
Mk.	0.82	0.80	0.78	0.75

Nach auswärts Postkollt 1. Zone franko, 2. Zone 1/2 Porto.

Max Schönfelder,

Breslau, Albrechtsstrasse Nr. 56.

NR. 1 Der

billige Sardinen-Verkauf

wird, soweit die Bestände reichen, heute, morgen und übermorgen fortgesetzt. Ferner:

Feine Cervelatwurst per Pfund 1.25 Mark.

Wir empfehlen:

Die Französische Revolution in Wort u. Bild.

15018

Interessanter Text — 250 meist ganzseitige Abbildungen

nur 3.00 Mark.

Zu beziehen durch die Expedition und die Kolporteur.

Breslau, 23. Februar. Feigefest von der Marktsteuerungskommission für 100 Kilogramm für 100 Kilogramm

Weizen, gute Qualität der letzten Ernte	17,00 — 18,10 Mt.
besgleichen	14,00 — 14,50
Weggen	14,00 — 14,40
besgleichen	15,20 — 16,50
Wahl- und Futtergerste der letzten Ernte	14,00 — 14,80
Vittoriaerbsen, gute Qualität der letzten Ernte	24,00 — 26,00
besgleichen	22,00 — 22,50
Futtererbsen der letzten Ernte	17,00 — 17,50
besgleichen	5,00 — 6,00
Langstroh	4,40 — 4,80
Reisstroh	2,00 — 2,40

Breslau: Weizenmarkt.

Weiz ruhig, per 100 Kilogramm mit, sad brutto Weizenmarkt 00 rubln. 26,00—26,50 Mt. Roggenmarkt 0 ruhig, 22,50—23,00 Mt. Roggen-Saaten. Baden ruhig, 22,00—22,50 Mt. Roggen-Saaten. Duffelmarkt ruhig, 10,00—11,00 Mt. Weizenmehl ruhig 10,00—10,50 Mt.

Kleiner Anzeiger

15016

Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte 10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Guthaben 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Seitenpreis.

Kauf und Verkauf

15015

Zaschenschüler, Landbücher, Haus- Zigarrenmacher sucht Beschäftigung (Hütten etc. zu sehr billigen Preisen) auch für halbe Tage. Angebote unter G. Heit, Dhlauerstraße 67, II. 13222 A. B. an d. Exp. d. Zeitung erbeten. [15042]

Arbeitsmarkt

15013

Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren Einkäufen die Lieferanten der „Volkswacht“ berücksichtigen und sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“ berufen.

Durch alles dies wird die „Volkswacht“ aktiv unterstützt.

Das Stiefelputzen einft ne Qual
Für Spielerei ward's mit Erdal!

Der Einfender von 25 verschiedenen ABC-Anzeigen erhält einen ganten
Satz von 25 ABC-Künstlermarken von der Erdal-Fabrik in Mainz.

8/1988

Wir geben hierdurch bekannt, dass unser Geschäftsbetrieb

nach wie vor ungestört

weitergeht. Unsere Bestände und Depots befinden sich in bester Ordnung.

Breslau, den 24. Februar 1914. 15011

Aufsichtsrat und Vorstand der Innungsbank

In Breslau, E. G. m. b. H.

Masken-Kostüme

15012

Größtes Spezial-Verleih- u. Versandhaus 1. Ranges

A. Franz Nachf. H. Wiersing

Messergasse 1, am Neumarkt. — Tel. 7996.

Fabrik histor. Festzugs- u. Quadrillen-Kostüme.

Nordsee

Geschäft: Feeder Trapp

Nur Schmiedebrücke 19

Deutschlands grösste Seefischhandlung.

Immer noch billige Preise

Benutzen Sie die Gelegenheit!

Kiesenzufuhren in unseren eigen. Kühlwaggons direkt aus eigenen Dampfern.

Nur 1. Qualität.

Speise-Cabliau im Anschnitt	21 Pfg.
Spezialer Seelachs	31 Pfg.
Spezialer Seezungen	43 Pfg.
Spezialer Seezungen	48 Pfg.
Spezialer Seezungen	43 Pfg.

Alles andere billigst.

Bestellen Sie bitte unsere Sonder.

Deutscher Reichstag.

221. Sitzung vom 25. Februar.

Am Tische des Bundesrats: Wackerjapp.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Eingegangen ist das Gesetz über den Kleinhöfungsbaubau.

Das Reichsarchiv.

Zunächst steht auf der Tagesordnung eine juristisch gestellte Position an dem Etat des Reichsamt des Innern, die 145 800 Mk. als erste Rate für ein in Verbindung mit dem preussischen Archiv zu errichtendes Reichsarchiv fordert. Die Kommission hat diese Forderung abgelehnt, weil sie diese Verbindung eines Reichsarchivs mit dem preussischen Archiv nicht wünscht. Das Reich könnte leicht in Abhängigkeit von Preußen geraten. Dagegen wurde der Wunsch nach einem selbständigen Reichsarchiv geäußert. Die Forderung wurde ohne Aussprache abgelehnt.

Es folgen Petitionen zum Reichsamt des Innern. Eine Petition der Richard Wagner-Stipendienstiftung in München fordert aus Anlaß des 100. Geburtstags Wagners für sich einmal den Betrag von 500 000 Mk., oder in jedem Jahrreiter Bühnenspielführ die Zinsen dieses Betrages aus Reichsmitteln. Ueber die Petition wird ohne Aussprache zur Tagesordnung übergegangen.

Eine Petition, die die Vereinfachung größerer Mittel für den Ankauf von Radium und Röntgenium zur Abgabe an öffentliche Krankenhäuser fordert wird als Material überwiegen.

Die Petitionen des Arbeiterschusses der Ausstellung des deutschen Handwerks in Dresden und des Deutschen Handwerks- und Gewerbevereins in Hannover um Gewährung einer Beihilfe zu dieser Ausstellung werden nach den Reaktionsklärungen in der Kommission für erledigt erklärt.

Etat für das Reichseisenbahnamt.

Abg. Prinz Schoenaich-Carolath (Natl.) fordert eine Geislerstellung der Werkführer bei den Reichseisenbahnen.

Abg. Hasenzahl (Soz.): In der Frage der Vereinheitlichung der deutschen Eisenbahnen geht das Reichseisenbahnamt von falschen Voraussetzungen aus. Es soll sich nicht noch weniger Bedeutung bemessen, als es wirklich besitzt. Die alte Weisheit, daß die gerade Linie die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten ist, gilt für das Reichseisenbahnamt nicht. Breiten und bei jeder Gelegenheit begünstigt. Seine Ansprüche nehmen in den Schriften des Geheimrats Stegemann ungeheuerliche Formen an. Auch die süddeutschen Staaten begünstigen ihre Interessen eher als die des Reiches. Um diesem Durcheinander ein Ende zu machen, muß das Reich die Eisenbahnen übernehmen. Jedenfalls hat das Reichseisenbahnamt für eine einheitliche Verwaltung zu sorgen. Es muß auch die Revision der Betriebsführung hinsichtlich des Wagenmaterials, der Signale usw. in die Hand nehmen, ebenso wie hinsichtlich der Arbeitszeit, die vielfach über 11 Stunden dauert. Auch ist uns wohl bekannt, daß noch immer bei den Eisenbahnen Gewaltunachtsamkeit herrscht und daß es verboten ist, dem Hamburger Verband beizutreten oder seinen Versammlungen beizuwohnen.

Abg. Schwabach (Natl.) polemisiert gegen die Ausführungen des Vorredners. Die Leistungen des Reichseisenbahnamtes sind nicht so unerheblich. Ueber den Staatsbahnwagenverband würden wir gern Näheres erfahren. Den Klagen, Preußen habe seine wirtschaftliche Uebermacht auszunutzen, um die sächsischen Interessen an die Wand zu drücken, muß entgegengetreten werden.

Abg. v. Bonin (Kons.): Es begrüßen ist die Einrichtung von Viehfütterungsstationen für Viehtransporte, doch sind die Kosten, die die Verwaltung für die Fütterung berechnet, zu hoch.

Abg. Dr. Haas (Fortfchr. Vpt.): Das Reichseisenbahnamt hat auf verschiedenen Gebieten wertvolle Arbeit geleistet. Ueber aber hat es nicht vermocht, auf die Gegensätze zwischen den deutschen Eisenbahnen mildernd einzuwirken. Eine reichsrechtliche Regelung der Dienstverhältnisse ist unbedingt geboten. Die jetzigen Dienstverhältnisse sind durchwegs unzureichend. Auch die Lohnverhältnisse sind nicht so, wie man wünschen muß.

Präsident des Reichseisenbahnamtes Wackerjapp: Ein Gesamtüberblick über die Aufgabe der Eisenbahn für Transporte ist in Bearbeitung. Die Eisenbahnordnung hat sich mit bewährt. Ueber die Beförderung von Gepäck ohne Lösung einer Fahrkarte und über die Verminderung der

Expresstrahlen werden Neuerungen vorbereitet. Die Einführung der 24 Stunden-Uhr würde eine Vereinfachung sein. Durch die Vermehrung der Waggons würden aber die Fahrpläne an Uebersicht verlieren. Die Waggons sind außerdem ein Staat ausschließen, so wären die Vorteile ziemlich illusorisch. Daher warten wir ab. Ebenso wie in der Frage der selbständigen Kuppelung. Die Frage einer einheitlichen Bremse rückt ihrer Erledigung näher. Die Bestimmungen über die Fütterung der Waggons bei Eisenbahntransporten sollen nachgeprüft werden. Die Betriebsicherheit auf den deutschen Bahnen ist günstiger als bei sämtlichen ausländischen. Die Unfallsterblichkeit ist dauernd gesunken. Eine reichsrechtliche Regelung der Dienstverhältnisse ist nicht notwendig. Bei längeren Dienstzeiten kommen nur leichte Dienste in Betracht. Die Verkehrsbestimmungen zwischen Preußen und Sachsen werden in durchaus sonderbar und korrekter Weise angewendet. Ueberhaupt werden die Interessen aller beteiligten Staatsbahnverwaltungen allseitig entgegenkommend gefördert. (Beifall.)

Abg. Speck (Zentr.): Wir können uns nicht unbedingt für eine Reichseisenbahngesellschaft aussprechen. Auch die Erfahrungen bei der Eisenbahngemeinschaft können die Sehnsucht nach einer allgemeinen Eisenbahngemeinschaft nicht beleben. Die finanzielle Rückwirkung auf die Einzelstaaten fällt schwer ins Gewicht. Das haben wir in Bayern erlebt. Donnerstag 1 Uhr: Weiterberatung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Stadt und Provinz.

Die Breslauer Steinquarzfabrik hat sich am Dienstag mit ihren Arbeitern gütlich geeinigt. Alle Forderungen sind befriedigt.

Deutsches Reich und Ausland.

Für die Wappe des Reichsverbandes. In dem sonst so stillen Darsstädtchen Bennendenstein ist vierzehn Tage lang große Aufregung gewesen. Der Holzarbeiter-Verband hatte eine Zentralstelle gegründet, der nahezu alle Holzarbeiter beigetreten waren. Der Unternehmer hatte das nicht. Sie erklärten unter Führung des Herrn Pöhl, Paulmann der Reserve, folgenden Inhalt:

„Unterschiedene Arbeiter haben beigeschlossen: Jeder Arbeitnehmer der Holzarbeiter-Verbande angehöret, bezu. seinen Austritt aus demselben nicht bis Sonnabend nachmittag erklärt hat, ist am Sonnabend abend um 6 Uhr entlassen.“ (Zolaen 17, 12. Umschiffen.)

Hand in Hand damit ging eine Dehe der Unternehmer. Die Frauen wurden aufgefordert und zu bestimmen gelacht, ihre Männer von der Organisation fernzuhalten. Krüppeln wurde gedroht, daß verurteilt würde, ihnen die Rechte zu kürzen, und die übrigen Unternehmer würden die Entlassenen nicht beschäftigen. Dem Vertreter der Organisation wurde gedroht, ihn aus dem Ort zu weisen usw. Die Bürgerwehr stand vielfach auf Seite der Arbeiter, auch der Bürgermeister hatte erklärt, daß die Löhne zu niedrig seien. — Leider standen die Arbeiter nicht fest. Vielen ausgebeten, vor der Not erwerblichen Arbeitern fehlte die Widerstandskraft. Aber den Reichsverbandlern empfehlen wir diesen Fall zur Weiterverbreitung; in den Darsstädtchen treiben sie ja besonders ihr Weien.

Eine Zinnung prämiert den Nahrungsmittelverfälscher. In den Berichten der bürgerlichen Presse über die Mitgliederversammlung der freien Metzgerinnung in Grewenbroich heißt es u. a.: „Dem wegen Nahrungsmittelverfälschung bestraften Metzger Aprath aus Hochneukirch wurden 100 Mark Zuschuß zu den Prozesskosten bewilligt.“ — Dieser Beschluß findet nach einem Bericht in der „Allgemeinen Fleischzeitung“ vom 23. d. M. seine Bestätigung. Das Vorgehen der freien Metzgerinnung muß als skandalös bezeichnet werden. Alle ehrlich und zell arbeitenden Fleischmeister und besonders das Publikum hat ein großes Interesse daran, daß solche Nahrungsmittelverfälscher fastenstellend werden. Hier erleben wir es, daß eine Zinnung einen solchen moralischen finanziell unterstützt.

Die Auslieferung in der Holzschuhfabrik Chr. Loß Söhne in Kaiserlautern ist zur Tatsache geworden. Die mit der Firma und den Vertretern des Fabrikantenvereins und dem Zentralverband der Schuhmacher stattgefundenen Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen.

Zugung von Arbeitern ist fernzuhalten.

Eine Konferenz der Londoner Bauunternehmer mit den Vertretern der ausgebildeten Bauarbeiter verlief verlustlos, da die Gewerkschaften sich wohl verhalten wollten, gegen kontraktbrüchige Mitglieder vorzugehen. Doch wollten sie von den Vor-

schlägen der Unternehmer, wonach beide Teile eine hohe Kaution zur Sicherung der Verträge hinterlegen und bei Vertragsbrüchen Konventionalstrafe zahlen sollten, nach wie vor nichts wissen.

Aus der französischen Arbeiterbewegung. Das Schiedsgericht für die Schlichtung des zwischen dem Messageries Maritimes und den Maschinisten-Obermaaten ausgebrochenen Streikes soll aus je zwei Schiedsrichtern der streitenden Parteien und einem Oberschiedsrichter bestehen, dessen Wahl dem Unterstaatssekretär der Handelsmarine überlassen wird. — Abgeordnete der Syndikatsvereinigungen der Häfen und Docks, der Transportarbeiter, Seeleute, Eisenbahner und Bergleute beschloffen am Dienstag in einer Versammlung, sogleich die betreffenden Vereinigungen zu bestimmen, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um der Sache der ausländischen Bergleute zum Siege zu verhelfen.

Schlesien und Posen.

Die neuen Ortslöhne in Schlesien.

Nach der Reichsberufungsordnung versteht man unter Ortslohn den ortsüblichen Entgelt gewöhnlicher Tagelöhner für eine Arbeitsleistung. Der Ortslohn wird jetzt vom Oberberufungsamt festgesetzt. Es hört dabei die beteiligten Berufsvereinigungen an, Gewerkschaften, Krankenkassenverbände und Berufungsämter.

Seit dem Anfang dieses Jahres sind die bisherigen, für Männer und Frauen getrennten Ortslöhne neu festgelegt und zwar unter Schaffung einer neuen Gruppe, der Arbeiter von 16 bis 21 Jahren. Früher wurde nur unterschieden zwischen den unter und über 16 Jahre alten Arbeitern. In die Löhne sind nicht nur die Bargelder, sondern auch alle sonstigen Bezüge, Naturalien, Wohnung usw. eingerechnet. Die Höhe des festgesetzten Ortslohnes ist in vielen Fällen für den Arbeiter von großer Wichtigkeit. Er dient oft als Maßstab für die Berechnung des Krankengeldes und der Unfallrente. Der Ortslohn ist in der Praxis auch oft für die Frage geltend, ob Invalidität im Sinne der Reichsberufungsordnung vorliegt oder nicht, ferner bei Bemessung der Aufbriete für Vertragsbrüche und die Familienunterstützung bei militärischen Leistungen. Da es sehr schwierig ist, die Ortslöhne für die vielen Hunderte größerer Orte gerecht festzusetzen, ist selbstverständlich, und nicht ohne Recht wird darüber gellagt, daß die Ortslöhne da und dort den tatsächlichen Verhältnissen nicht im mindesten entsprechen, am allermeisten in den gegenwärtigen Zeiten. Man wird sich über vorläufig mit dem festgesetzten abfinden müssen und wird im übrigen damit zu streben haben, daß Ortslöhne, die offenbar alle Kultur spotten und tief unter das Existenzminimum heruntersinken, beseitigt werden. Man wird bei den maßgebenden Stellen vorstellig werden und auffällige Nachteile beseitigen müssen. Es liegt nicht im Interesse des öffentlichen Wohles, daß namentlich in diesen schwierigen Gebieten der Tagelohn für Kinder auf 15 oder 20 Pf. herabfällt. Ist die Kinderarbeit dort wirklich nicht mehr wert, dann sollte man im Interesse der kindlichen Wohlfahrt lieber ganz darauf verzichten und den Kindern das höhere freie Geld lassen.

Vor zwei Jahren gingen in Schlesien die Ortslöhne für Erntehilfen vielfach, besonders im Posen und Westen, noch bis auf 150 Mark herunter. Die neu festgesetzten Löhne bedeuten nur eine sehr geringe Verbesserung. Sie gehen im Bezirk Breslau bis auf 1,80 Mark (Oels) herunter, auf denselben Satz im Bezirk Liegnitz in Neusalz, Sagan und Jauer, im Bezirk Oppeln sogar auf 1,45 Mark in Kreuzburg und auf 1,85 Mark in Neobischitz, Reiffe und Neustadt. Im übrigen betragen sie in Oberglogau fast durchweg 2,60 Mark, in Breslau 3,50 Mark, in Waldenburg 3,00 Mark, sonst in den Bezirken Breslau und Liegnitz von 2,80 Mark und 2,70 Mark abwärts.

Wenn im Bezirk Breslau Nieder-Hornsbörs, Dittersbach und Altmasser der Satz von 2,80 Mark haben und Langenfelde nur 2,00 Mark, Bries dagegen wieder 2,65 Mark und Reichenbach wiederum 2,10 Mark, so sind das Unterschiede, die in den tatsächlichen Verhältnissen kaum begründet sind. Ebenso steht es im Bezirk Liegnitz. Glogau hat 2,75 Mark, Gätzig und Weißwasser 2,70 Mark, Hirschberg und Neinitz 2,60 Mark, dagegen Sagan 1,80 Mark, und die obersteinsten Sätze von durchschnittlich 2,60 Mark können auch kaum der Wirklichkeit entsprechen. Gegen 1910 hat in anderen Gebieten eine Verbesserung

Aus aller Welt.

Panik in einem Kino.

Fünf Tote — zahlreiche Verletzte.

Am Dienstag abend brach in Salerno (Italien) im Theater Marucci während einer kinematographischen Vorstellung eine folgenschwere Panik aus, zu der ein ungefährlicher Filmbrand den Anlaß gab. Als die Zuschauer Rauch sahen, fürzten sie unbesonnen den Ausgängen zu und verknüpften die Türen. Eine Anzahl Personen wurde von den Nachdrängenden zu Boden geworfen und mit Füßen getreten. Später gelang es, mehrere dieser Unglücklichen, die schwere Erschütterungen zeigten, wieder ins Leben zurückzuführen. Fünf Personen, unter ihnen zwei Soldaten, wurden getötet. Als Todesursache wurde Herzschlag festgestellt.

Außer den fünf Personen, die bei der Explosion im Theater Marucci umgekommen sind, sind noch zahlreiche Personen verletzt worden, darunter fünf Schwere.

Entsetzliches Brandunglück.

Ein entsetzliches Brandunglück hat sich gestern in dem schwizerischen Ort Ernettschwil im Kanton St. Gallen ereignet. Vier Söhne eines Bauern im Alter von 8 bis 15 Jahren kamen dort bei dem Brande des Bauernhauses in den Flammen um.

Eine ganze Stadt am Typhus erkrankt.

Eine schwere Typhusepidemie richtet unter der Bevölkerung von Torre Nueva in der spanischen Provinz Granada große Verheerungen an. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung sind erkrankt und auf drei Erkrankungen kommen zwei Todesfälle. Der Kirchhof kann die Zahl der Verstorbenen nicht mehr aufnehmen und die Leichen der erst vor kurzer Zeit verstorbenen Einwohner müssen wieder ausgegraben werden, um den Opfern des Typhus Platz zu machen. Zahlreiche Häuser sind durch die Seuche gänzlich entvölkert worden. Schlechtes Trinkwasser soll die Ursache der furchtbaren Epidemie sein.

Der Streikbrecheragent als Mörder.

Der Mörder ein Werkzeug der Berliner Polizei!

Vor dem Kreisgericht in Leitmeritz begann am Mittwoch, wie wir gestern schon kurz berichteten, die Verhandlung gegen den Streikbrecheragenten Paul Keiling aus Berlin wegen Ermordung des Maschinisten Solinger, des Vertrauensmannes der Zetischen Buchdrucker. Die Anklage lautet auf Mord und Vergehen gegen das Waffengesetz. Der Mord ist am 8. Februar d. J. gelegentlich eines Buchdruckerstreiks begangen worden, wobei Keiling Streikbrecher aus Deutschland herbeizuschleppen versuchte. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Langeder, die Anklage vertritt Staatsanwalt Ebler v. Kroska. Die Verteidigung des Angeklagten führt der Advokat Glaesner, während der Advokat Dr. Knöpfmacher als Vertreter der Familie Solinger, die sich als Nebenklägerin der öffentlichen Anklage angeschlossen hat, erschienen ist.

Keiling ist gelernter Schlosser und seit einer ganzen Reihe von Jahren als Streikbrecheragent tätig. Lange Zeit nimmt die Verlesung der etwa 20 Vorstrafen des Angeklagten in Anspruch, der wegen

Betrug, Diebstahl, Rupperei, Nötigung, Körperverletzung usw. bestraft worden ist. Die Verurteilungen erfolgten in Hamburg, Hannover, Berlin, Braunschweig und Stade. Bei seiner Vernehmung erklärte Keiling, daß sein, gegen Solinger gerichteter Revolver von selbst losgegangen sein müsse, wenigstens wisse er nicht, wie die Tat sonst hätte passieren können. Er sei schon oft von Streikenden verprügelt worden und habe auch mit geschossen. — Der Präsident hielt ihm vor, daß er früher angegeben habe, in Rotweil gehandelt zu haben. — Der Angeklagte erwidert darauf unter Heiterkeit des überfüllten Zuhörerraums, daß der Revolver bei einem Handgemenge mit Solinger wirklich ganz von selbst losgegangen sei. — Der Reichsbeisitzer der Witwe des erschossenen Solinger fragt den Angeklagten, wie er in den Besitz des Waffenscheins gekommen sei; den Waffenschein erhielten doch nur einwandfreie Personen, er habe wohl seine zahlreichen Vorstrafen der Polizei verschwiegen. Der Angeklagte bestreitet das und erklärt, er wohne in Berlin im Hause eines Polizeireibers und

Reife Rändig in Diensten der Polizei, die ihm bei jedem Streik die Aufgabe zumeist, die Unruhehitzer zu ermitteln. Die Polizei lenne ihn also ganz genau. Auf die Vernehmung des Angeklagten folgt die Beugenernehmung, die Übernahmungsprotokolle, die die früheren Verur-

tung Keilings, er habe den Solinger in Rotweil erschossen, nicht richtig sein kann. Auch der von Keiling als Arbeitswilliger nach Leitmeritz verschleppter Buchdrucker Hinz bekundet, daß Keiling, nachdem die Buchdrucker durchaus ruhig versucht hätten, sich mit ihm (Hinz) in Verbindung zu setzen, aufgesprungen sei und geschrien habe: „Gangen Sie nicht mit mir an, sonst sind Sie sofort eine Leiche.“ Eine Reihe von Buchdruckern befanden als Zeugen, daß es ihnen gar nicht darauf angekommen sei, mit einem Manne wie Keiling zu sprechen oder zu verhandeln, sondern daß sie lediglich beabsichtigt hätten, die unter trügerischen Vorpiegelungen von Keiling nach Leitmeritz gebrachten arbeitswilligen Buchdrucker über den Streik in Böhmen aufzuklären.

Angeklagter des Arbeiterbühnenverbandes!

Auf mehrere Fragen des Vertreters der Familie Solinger Reichsanwalt Knöpfmacher, erklärte der Angeklagte Keiling, daß er für die Vermittlung jedes arbeitswilligen vom Arbeiterbühnenverband in Berlin, mit dem er in einem festen Vertrag stehe, 20 Mark bekomme, daß er aber, wenn die arbeitswilligen die Arbeit nicht aufnehmen, aus seiner Tasche die Ausgaben selbst bezahlen müsse. — Reichsanwalt Knöpfmacher: Also, daher Ihre Aufregung und die Befürchtung, die streitenden Buchdrucker könnten Ihnen den Hinz abspenstig machen. Die Verhandlung geht weiter.

Fasching, Bauern und Messer.

Das sind drei Dinge, die leider auch diesmal wieder in einem kleinen Städtchen Nieder-Oesterreichs schweres Leid verursacht haben. In dem Städtchen Mannsdorf kam es in der Faschingsnacht während einer Unterhaltung im dortigen Gasthause zu einem Kampf zwischen den Bauernburschen der Gegend, der ein Todesopfer forderte und viele lebensgefährliche Verletzungen mit sich brachte. Es hatte sich bei der Unterhaltung zunächst ein Bauernbursche produziert. Durch diesen fühlte sich ein Teil der Bauernburschen verhöhnt und flüchtete sich unter wildem Geschrei auf die übrigen, die für den Bauernbursche Partei nahmen. Viele Frauen und Kinder wurden in dem sich entwickelnden Gedränge zu Boden geworfen und schwer verletzt. Einer der Bauernburschen erlitt in die Küche, erschafte ein großes Küchenmesser und stieß es einem seiner Gegner in den Rücken, sodas dieser tot zusammenbrach. Nun zogen die Bauernburschen alle ihre Messer und in dem entstehenden Gemetzel wurden zehn von ihnen

